

**Narrative über syrische und ukrainische Flüchtlinge in der
Schweizer Medienberichterstattung.**

Masterarbeit eingereicht bei der Universität Bern

Betreuende Person: **PD Dr. Caroline Lea Schlauffer**

Kompetenzzentrum für Public Management
Schanzeneckstrasse 1
CH-3001 Bern

von:

Ilona Sarah Hersperger
18-735-183

Bern, 7. August 2023

Zusammenfassung & Ergebnisse

In dieser Arbeit wurden Berichterstattungen über syrische und ukrainische Flüchtlinge im Rahmen des Narrative Policy Frameworks (NPF) untersucht. Ziel der Arbeit war es herauszufinden, ob sich die Narrative über die beiden Flüchtlingsgruppen unterscheiden und falls ja, inwiefern sie sich unterscheiden.

In einem ersten Schritt wurden die beiden Flüchtlingsbewegungen beschrieben. Bei den Bewegungen handelte es sich um die beiden grössten des letzten Jahrzehnts. Die Schengen-Staaten als Einheit als auch die europäischen Länder als einzelne Parteien wurden mit einer riesigen Anzahl von Menschen konfrontiert, die Schutz suchten. Inwiefern sich die beiden Flüchtlingsbewegungen unterscheiden, wird im zweiten Kapitel erläutert. Auch wird auf die wichtigsten Erkenntnisse bezüglich Migration der Geflüchteten eingegangen. Im darauffolgenden Kapitel werden die unterschiedlichen Prozesse dargestellt, welche die Flüchtlinge durchlaufen müssen, wenn sie in die Schweiz gelangen. Einerseits wird das Asylverfahren vor dem Jahr 2019 erklärt, da dies zur Zeit der syrischen Flüchtlingskrise aktiv war, andererseits wird der Schutzstatus S genauer erklärt, da dieser explizit für die ukrainischen Flüchtlinge aktiviert wurde. Im vierten Kapitel wird das NPF und seine wichtigsten Annahmen genauer erklärt. Der Fokus liegt dabei auf den narrativen Elementen, welche anschliessend für die Analyse verwendet wurden. Dafür wurden Berichterstattungen der Deutschschweizer Publikationen 20 Minuten, Blick, SRF news, Neue Zürcher Zeitung und des Tages-Anzeigers untersucht. Der Zeitraum der Publikationsdaten wurde für beide Flüchtlingsbewegungen auf drei Monate begrenzt, beginnend mit dem Monat, in dem am meisten Schutzsuchende in der Schweiz eingetroffen sind. Pro Flüchtlingsgruppe wurden zufällig 50 Medienberichterstattungen ausgewählt und anhand einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse untersucht.

Die Analyse der insgesamt 100 Artikel ergab, dass sich die Berichterstattungen über die beiden Flüchtlingsgruppen hinsichtlich ihrer Settings stark unterscheiden. Die Narrative zu den syrischen Flüchtlingen konzentrieren sich hauptsächlich auf ihren Fluchtweg, die Zustände, denen sie auf ihrer Reise ausgesetzt sind, und die Verantwortung der europäischen Staaten. Im Gegensatz dazu werden die ukrainischen Flüchtlinge in der Schweiz grundsätzlich offen empfangen, ohne dass eine Debatte über eine stärkere Beteiligung anderer Länder bei der Bewältigung der Krise stattfindet. Während bei der syrischen Flüchtlingskrise Terrorist:innen als Bösewicht dominieren, ist es bei

der ukrainischen Flüchtlingskrise Russland. Spannend ist hierbei, dass Russland in diesem Rahmen ausschliesslich die Ukraine bedroht, die Terrorist:innen jedoch die gesamte westliche Welt, nicht nur die syrischen Flüchtlinge. In beiden Krisen werden die Flüchtlinge klar als Opfer dargestellt und befinden sich oft in ähnlichen Situationen. Beispielsweise sind beide Flüchtlingsgruppen mit niedrigen Sozialhilfebeiträgen, fehlenden Sprachkenntnissen und wenig geeigneten Arbeitsplätzen konfrontiert. In der Heldenrolle dominiert in beiden Flüchtlingsbewegungen die europäische Bevölkerung. In den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge wird grösstenteils auf der Balkanroute geholfen, die ukrainischen Flüchtlinge werden vor allem durch Privatpersonen unterstützt, die sie bei sich zuhause aufnehmen. In den Artikeln über die syrische Flüchtlingsbewegung werden viele Policy-Lösungen genannt. Dabei fokussieren die Lösungen auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Europa und der Türkei sowie auf bessere Kontrollen. In den Artikeln über die ukrainische Flüchtlingsbewegung beziehen sich die Problemlösungen häufig auf eine bessere Integration oder auf eine gleichwertige finanzielle Unterstützung. In den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge werden zwar viele Policy-Lösungen genannt, jedoch werden sie oft nicht umgesetzt, was zu einer häufigen Verwendung der Story of decline führt. In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge hingegen wird die Story of control am häufigsten verwendet, da viele der getroffenen Entscheidungen tatsächlich umgesetzt wurden und erfolgreich waren.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich die Narrative zu den beiden Flüchtlingskrisen deutlich unterscheiden. Obwohl die Flüchtlinge an sich ähnlich dargestellt werden, wird zwischen den Herkunftsländern unterschieden. Die Analyse verdeutlicht, dass eine gewisse Distanz zu den syrischen Flüchtlingen besteht. Dies ist sowohl durch die Settings ersichtlich als auch dadurch, dass selten über einzelne Personen berichtet wird. Im Gegensatz dazu werden die ukrainischen Flüchtlinge nahbarer und persönlicher dargestellt. Obwohl sich das NPF eignete, die Narrative rund um die beiden Flüchtlingsbewegungen zu untersuchen, bringt es die Risiken mit sich, die Realität zu stark zu vereinfachen und wichtige Aspekte zu vernachlässigen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Flüchtlingsbewegungen.....	2
2.1	Syrien	2
2.2	Ukraine	4
2.3	Migration	6
3	Schweizer Asylwesen.....	7
3.1	Asylverfahren	8
3.2	Schutzstatus S	10
4	Narrative Policy Framework	12
5	Annahmen.....	15
6	Forschungsdesign & Methode.....	17
7	Ergebnisse	21
7.1	Setting	21
7.2	Figuren	24
7.2.1	Bösewicht	24
7.2.2	Opfer.....	28
7.2.3	Held:in	32
7.3	Moral der Geschichte	35
7.4	Plot.....	39
7.4.1	Story of decline	40
7.4.2	Story of stymied progress	43
7.4.3	Story of control.....	44
8	Diskussion.....	46
9	Fazit & Ausblick.....	50
	Literaturverzeichnis	VII

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 - Filter swissdox.ch	19
Tabelle 2 - Datenübersicht	20
Tabelle 3 - Übersicht Figuren	24
Tabelle 4 - Übersicht Plots	39

1 Einleitung

Die Schweiz war in den letzten zehn Jahren von zwei grossen Flüchtlingsbewegungen betroffen, die in dieser Arbeit genauer untersucht werden sollen. Der erste Fokus liegt auf der syrischen Flüchtlingskrise. Im Jahr 2015 reichten über 390'000 Syrer:innen ein Asylgesucht in einem europäischen Land ein, wobei knapp 5'000 davon Schutz in der Schweiz suchten (Staatssekretariat für Migration SEM, 2019). Als Folge dieser grosser Menge an Schutzsuchenden wurde das Asylgesetz der Schweiz revidiert, so dass die Asylverfahren beschleunigt werden können (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.k). Die zweite Flüchtlingsbewegung, auf die sich die Arbeit fokussiert, begann mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2022. Über 5,9 Millionen Menschen sind bis Ende des Jahres aus der Ukraine geflüchtet. Dabei wurden gemäss dem Operational Data Portal rund 80'000 Menschen für einen vorübergehenden Schutz in der Schweiz registriert (UNHCR, o.D.). Als Folge dieser hohen Zahl von Flüchtlingen wurde in der Schweiz erstmals der Schutzstatus S aktiviert. Damit «kann einer bestimmten Personengruppe für die Dauer einer schweren Gefährdung, insbesondere während eines Krieges, kollektiv Schutz gewährt werden» (Der Bundesrat, 2022).

Da sich die Handhabung der beiden Flüchtlingskrisen und somit der Flüchtlinge unterscheidet, stellt sich nun die Frage, ob sich auch die Narrative in den Schweizer Berichterstattungen unterscheiden. Die Rolle der Policy-Narrative werden in der politikwissenschaftlichen Forschung immer wichtiger (Shanahan et al., 2011). Die strategisch konstruierten Geschichten enthalten vorhersehbare Elemente und Strategien, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung zur Unterstützung einer bestimmten politischen Präferenz zu beeinflussen (Jones & McBeth, 2010). Verschiedene Studien haben ergeben, dass Geschichten bei der Überzeugung von Personen und der Gestaltung von Überzeugungen stärker sind als wissenschaftliche Beweise (Shanahan et al., 2011).

Ausgehend von diesen Überlegungen wird folgende Forschungsfrage abgeleitet: *Welche Narrative prägten die Medienberichterstattungen über syrische und ukrainische Flüchtlinge und wie unterscheiden sich diese Narrative?*

Ziel der Arbeit ist es, das Narrative Policy Framework (NPF) auf Berichterstattungen ausgewählter Deutschschweizer Zeitungen anzuwenden, welche sich mit den syrischen und ukrainischen Flüchtlingen beschäftigen. Dafür ist Arbeit in zwei Teile aufgeteilt. Im ersten Teil werden die politischen Rahmenbedingungen und Theorien zum

Thema aufgearbeitet, die die Grundlage dieser Forschungsarbeit bilden. Als erstes wird kurz auf die Konflikte in Syrien und in der Ukraine eingegangen, da diese den Grund für die beiden Flüchtlingsbewegungen bilden und somit wichtig für das Verständnis sind. Weiter wird das Thema Migration und Flüchtlingspolitik in Europa angesprochen. Um den Rahmen zu verstehen, in welchem sich die syrischen und ukrainischen Flüchtlinge schlussendlich in der Schweiz befinden, befasst sich der nächste Abschnitt mit dem Asylwesen der Schweiz. Dabei wird einerseits auf das standardmässige Asylverfahren eingegangen, welches Flüchtlinge durchlaufen müssen, sobald sie die Schweiz erreichen. Andererseits wird auch auf den Schutzstatus S eingegangen, da dieser aufgrund des Krieges in der Ukraine das erste Mal aktiviert wurde. Weiter wird der aktuelle Forschungsstand des NPFs aufgearbeitet, da das Framework anschliessend für die Analyse genutzt wird. Der zweite Teil umfasst die empirische Untersuchung, deren Auswertung und Diskussion. Anhand der vier NPF-Elemente wurde eine qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt, deren Ergebnisse anschliessend diskutiert und interpretiert werden.

2 Flüchtlingsbewegungen

Als Flüchtling wird nach internationalem Recht definiert, wer sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder wegen politischen Überzeugungen ausserhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er beziehungsweise sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann. In der Praxis kann es schwierig sein, genau zu bestimmen, wer ein Flüchtling ist. Denn Menschen verlassen ihre Heimat aus einer Vielzahl von Gründen, darunter Verfolgung, Katastrophen, soziale Unruhen, Bürgerkriege oder aufgrund der wirtschaftlichen Perspektive (Choi & Salehyan, 2013).

Um zu verstehen, weshalb 2015 und 2022 so viele Menschen flüchteten, wird in diesem Kapitel auf die Geschehnisse in Syrien sowie in der Ukraine eingegangen. Dabei wird weniger auf den Konflikt an sich fokussiert, sondern es wird aufgearbeitet, was die Flüchtlingsbewegung besonders gemacht hat.

2.1 Syrien

Inspiziert von den Protesten des arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten, begannen Anfangs 2011 auch in Syrien die ersten Protestbewegungen. Es wurden poli-

tische Reformen, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit gefordert. Die Demonstrationen weiteten sich immer mehr aus und als das Regime von Baschar al-Assad versuchte, die Aufstände gewaltsam zu beenden, begann ein gewaltsamer Bürgerkrieg (Karakir & Karacasulu, 2016). Der Krieg kann als einer der katastrophalsten Konflikte der Welt bezeichnet werden. Nebst grosser Armut zog er Schliessungen von Krankenhäusern und Schulen mit sich, was sich wiederum stark auf die Lebensqualität auswirkte (Phillips, 2016; Šterbenc, 2018). Gemäss der Vereinten Nationen hat der Bürgerkrieg bis 2015 bereits 220'000 Menschen das Leben gekostet (Malteser International, o.D.b). Mit mehr als 6,5 Millionen Flüchtlingen und 6,8 Millionen Binnenvertriebenen stellte Syrien auch 2021 noch das Land mit der höchsten Anzahl an Flüchtlingen bzw. Vertriebenen dar. Der grösste Teil der Flüchtlinge lebt auch heute noch in Nachbarländern (UNHCR, 2022). Da es sich um so viele Flüchtlinge handelte, gerieten die Aufnahmestaaten rund um Syrien an ihre Kapazitätsgrenzen (Staatssekretariat für Migration SEM, 2016). Die Krise in Syrien ist geografisch nah an Europa, so dass verstärkt auch in europäischen Staaten Schutz gesucht wurde (Schneider, 2016). Dazu kam, dass die United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), welche unter anderem für den Aufbau und das Management vieler Flüchtlingslager zuständig ist, durch die hohe Anzahl an syrischen Flüchtlingen überfordert war. Dies führte zu einer schlechteren Versorgung, was viele Menschen dazu bewog, den Weg nach Europa auf sich zu nehmen (Schneider, 2016). Dabei etablierte sich die Balkanroute. Diese stellte für Europa eine politische Herausforderung dar, da die Europäische Union (EU) 2015 insgesamt 1'255 Millionen Asylbewerbende registrierte (Schneider, 2016; UNO Flüchtlingshilfe, o.D.). Die Migrationspolitik konnte sich weniger denn je auf den nationalen Rahmen begrenzen. Mit der Europäischen Migrationsagenda, die 2015 angekündigt wurde, sollte ein Rahmen für ein umfassendes Konzept zur Migrationssteuerung geschaffen werden. Gemäss dieser Agenda sollten beispielsweise Menschen, die eindeutig internationalen Schutz benötigen, aus den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten in andere EU-Mitgliedstaaten umverteilt werden. Auch sollten diese Länder finanziell unterstützt werden und die Hilfe vor Ort und an der Küste verstärkt werden. Dieses Massnahmenpaket ist aufgrund politischer Differenzen, des unzureichenden Umfangs der Massnahmen und der mangelnden Umsetzung wirkungslos geblieben. In Verbindung mit der grossen Anzahl Menschen, die weiterhin flüchteten, führte dies zu unilateralen Massnahmen einiger EU-Mitgliedstaaten. Dazu gehörte beispielsweise

die vorübergehende Aussetzung des Schengener Abkommens, das den freien Personenverkehr in der EU ermöglicht. Die Einführung von Grenzkontrollen hatte zur Folge, dass die Bewegung von Flüchtlingen und Migrant:innen in den Staaten entlang der Westbalkanroute gestoppt wurde (Quinn, 2016). Auch die Schweiz kooperierte als Schengen/Dublin-Staat mit der EU, unterstützte Erstaufnahme- und Transitländer und nahm Gruppen von Flüchtlingen aus den Krisenregionen auf. Die Schweiz war von der Flüchtlingsbewegung vergleichsweise wenig betroffen, aber auch das Schweizer Asylsystem kam im Spätherbst 2015 an die Grenzen seiner Belastbarkeit (Staatssekretariat für Migration SEM, 2016).

Seit der Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 entwickelte sich die Frage des Umgangs mit Migration zum prioritären Sicherheitsthema. «Die europäischen Öffentlichkeiten scheinen die Sicherheitsbedrohungen durch Migration mit jenen durch den Terrorismus gleich zu sehen» (Dzihic et al., 2018, S. 3). Diese Diskussion kam unter anderem aufgrund der Terroranschläge in Paris auf, welche zeitlich gesehen mit der syrischen Flüchtlingskrise zusammenfiel. Im November 2015 verübte die in Syrien ansässige Terrororganisation Islamischer Staat eine Reihe von Anschlägen im Zentrum von Paris, bei denen 130 Zivilist:innen getötet und mehr als 350 verletzt wurden. Bei den Anschlägen handelte es sich um die grössten des vorgehenden Jahrzehnts, welche in einer westlichen Demokratie stattfanden (Breton & Eady, 2022). In der Folgezeit versuchten Politiker:innen in ganz Europa und Nordamerika, Widerstand gegen die Umsiedlung syrischer Flüchtlinge zu mobilisieren, indem sie auf die vermeintliche Bedrohung der nationalen Sicherheit durch Flüchtlinge verwiesen. Innerhalb einer Woche hatten sich 30 US-Gouverneur:innen gegen eine Umsiedlung in ihren Bundesstaaten ausgesprochen und das US-Repräsentantenhaus hatte ein Gesetz zur Aussetzung des Teils des Flüchtlingsprogramms verabschiedet, der syrische und irakische Flüchtlinge betrifft. In Kanada hat Premierminister Trudeau Pläne zur Aufnahme von 25'000 syrischen Flüchtlingen verschoben und in Deutschland wuchs der Druck auf Bundeskanzlerin Merkel, ihre offene Flüchtlingspolitik zu beenden (Breton & Eady, 2022).

2.2 Ukraine

Seit Russland die Halbinsel Krim im Jahr 2014 annektierte, kam es im Osten der Ukraine immer wieder zu Kämpfen. Das 2015 erzielte Minsker Friedensabkommen konnte nicht wie gewünscht umgesetzt werden und keine der ausgehandelten Waffenruhen hielt. Im Sommer 2021 begann Russland, seine Truppen auszubauen (Malteser

International, o.D.a). Am 24. Februar 2022 startete Russland einen landesweiten Angriffskrieg auf die Ukraine, was zu einer der schnellsten Massenfluchten seit dem Zweiten Weltkrieg geführt hat. Innerhalb von drei Wochen flohen über drei Millionen ukrainische Staatsbürger:innen sowie Drittstaatsangehörige, die sich in der Ukraine aufgehalten hatten. Da vor allem Männer mobilisiert wurden, sich der Invasion zu stellen, bestand die überwiegende Mehrheit an Flüchtlingen aus Frauen und Kindern (Garcés Mascareñas, 2022; Podgórska et al., 2023). Dies war nicht die erste Flüchtlingskrise in Europa, aber sie unterschied sich aus mehreren Gründen von den vorherigen. Erstens handelte es sich um einen Konflikt, der auf demselben Kontinent stattfand. Politiker:innen und Medien haben auf die kulturelle und soziale Nähe der Flüchtlinge hingewiesen: Es handelt sich um wohlhabende, europäische Menschen der Mittelschicht. Doch nicht nur die kulturelle Nähe macht den Unterschied. Bevor die Ukrainer:innen zu Kriegsflüchtlingen wurden, waren sie Wirtschaftsflüchtlinge innerhalb der EU. Diese werden auch weiterhin gesucht, da sie wichtige Arbeitskräfte darstellen. Ein weiterer Grund ist, dass ukrainische Staatsbürger:innen seit 2017 90 Tage lang visumsfrei innerhalb der EU reisen dürfen. Im Vergleich zu anderen Flüchtlingen stellt die Migrationspolitik somit kein Hindernis für den Grenzübertritt dar - eine notwendige Voraussetzung für den Zugang zu internationalem Schutz. Weiter haben Ukrainer:innen, die sich an das Reisen in der EU gewohnt sind, bereits Verwandte und Bekannte, die in EU-Ländern leben. Wie die wissenschaftliche Literatur immer wieder betont, bilden Familie und Bekannte das beste Gastgebernnetzwerk. Die Aussergewöhnlichkeit geht aber darüber hinaus, denn die Solidaritätsbekundungen fanden in ganz Europa statt, was sich beispielsweise durch die Aufnahme der Flüchtlinge in Privatunterkünften zeigte (Garcés Mascareñas, 2022).

Diese aussergewöhnliche Situation zeigte sich auch durch die erstmalige Aktivierung der Temporary Protection Richtlinie (2001/55/EG) der EU und die kurz darauffolgende Aktivierung des Schutzstatus S in der Schweiz. Im Verlauf des Frühjahrs wurde klar, dass sich der Konflikt in die Länge ziehen wird. Es ist schwierig, die genaue Dimension der Fluchtbewegung aus der Ukraine zu erfassen. Einerseits haben vermutlich zahlreiche Personen in mehr als einem Staat einen Schutzstatus beantragt, andererseits ist es gut möglich, dass die Personen nach Erhalt des Schutzstatus in ein Land ausserhalb des Schengenraums weitergereist sind. Auch ist nicht ganz klar, wie viele Personen bereits wieder in die Ukraine zurückgereist sind (Staatssekretariat für Migration

SEM, o.D.j). Gemäss UNHCR (2023) befanden sich ein Jahr nach der russischen Invasion immer noch knapp acht Millionen Flüchtlinge in ganz Europa und etwa fünf Millionen Binnenvertriebene in der Ukraine. Die anhaltenden Feindseligkeiten, die Unsicherheit und die Zerstörung der ukrainischen Regionen halten viele Vertriebene davon ab, bald wieder in die Ukraine zurückzukehren.

2.3 Migration

Flüchtlinge sind zweifellos Opfer von Gewalt, sie können aber auch Konflikte und Instabilität in ihrem Gastland verbreiten. Einerseits stellen sie eine wirtschaftliche und sicherheitspolitische Belastung für die Aufnahmestaaten dar (Choi & Salehyan, 2013), andererseits entstehen Spannungen aufgrund der Darstellungsweise der Flüchtlinge. Gemäss Quinn (2016) werden deren öffentliche Wahrnehmung oft von Wasserbildern wie Fluten, Wellen und Ströme geprägt. Diese Metaphern entmenslichen und berauben die Identität der einzelnen Personen, da sie sie als homogene Gruppe darstellen. Häufig resultiert daraus, dass die Aufnahmebevölkerung fürchtet, von der Masse überwältigt zu werden. In Wirklichkeit sind es jedoch genau diese Neuankömmlinge, die auf der Suche nach grundlegender Sicherheit und Schutz sind, welche den grössten Gefahren und Risiken ausgesetzt sind. Die längerfristige Herausforderung der Integration hat zu einer stark polarisierten Debatte über europäische Werte zwischen den Mitgliedstaaten geführt, in deren Mittelpunkt die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Traditionen der ankommenden Flüchtlinge stehen (Quinn, 2016).

Flüchtlingskrisen werden in der Regel unter humanitären Gesichtspunkten betrachtet: Männer, Frauen und Kinder sind aufgrund der traumatischen Erfahrung politischer Gewalt und Verfolgung gezwungen, aus ihrer Heimat und ihrer Lebensgrundlage zu fliehen. Die humanitäre Dimension der Flucht ist zweifellos wichtig, doch es weisen auch viele Forschende auf die sicherheitspolitischen Folgen der erzwungenen Migration hin (Salehyan, 2009). Erzwungene Migration hat aufgrund von humanitären und sicherheitspolitischen Bedenken erhebliche Auswirkungen auf Staaten, internationale und nichtstaatliche Organisationen (Lischer, 2005). Mehrere Studien belegen, dass zahlreiche Staaten in ihren legislativen und politischen Reaktionen Flüchtlinge als potenzielle terroristische Bedrohung einstufen – vor allem Personen aus dem Nahen Osten und Südasien (Brouwer, 2002; Freilich et al., 2006; Nezer, 2006). Hier muss aber entgegengehalten werden, dass nicht immer ein kausaler Zusammenhang zwischen der Ankunft von Flüchtlingen in Europa und der Gefahr von Terrorismus besteht (Guild,

2003; Howard, 2010). Forschende haben beobachtet, dass geopolitische Bedenken Auswirkungen auf die Behandlung von Flüchtlingen in den Aufnahmeländern haben können. Es wurde beispielsweise herausgefunden, dass die Entscheidungen über die Behandlung von Migrant:innen in der USA mit der Dynamik ihres Herkunftslandes und deren möglichen Auswirkungen auf die innere Sicherheit verknüpft sind (Miller et al., 2014).

Die selektive Flüchtlingspolitik ist darauf ausgerichtet, potenziellen, mehr oder weniger idealen Bürger:innen Asylansprüche zu gewähren (Choi & Salehyan, 2013). Ausschlussgründe müssen entweder dadurch gerechtfertigt werden, dass Flüchtlinge als unwürdig eingestuft werden oder dass Inklusionsbemühungen als überfordernd angesehen werden, wenn bedenkt wird, was mit der Aufnahme von Flüchtlingen verbunden ist. Diskursforschende haben gezeigt, dass Konstruktionen von Flüchtlingen in einer Weise vorgenommen werden, die ungünstige Rückschlüsse auf sie zulässt, wie etwa, dass sie inkompetent, eine Belastung für die Wirtschaft, kriminell oder eine Bedrohung für die nationale Integrität der Ankunftsorte sind (Abid et al., 2017; Sambaraju & McVittie, 2017). Die negativen Konstruktionen der Flüchtlinge werden durch Beschreibungen von «guten Flüchtlingen» verstärkt, die legitimerweise Zuflucht suchen, nach ihrer Ankunft einen wirtschaftlichen Beitrag zur Nation leisten und sich kulturell in das Ankunftsland integrieren (Gabriel & Harding, 2016). Auch Sambaraju & Shrikant (2023) sehen diesen Effekt. Sie argumentieren, dass Flüchtlinge in den Medien eher problematisch dargestellt werden, aber eine verbreitete Auffassung besteht, dass ukrainische Flüchtlinge in einem besseren Licht dargestellt werden.

3 Schweizer Asylwesen

Asylsuchende machen in der Regel nur etwa 10 bis 15 Prozent der Zuwanderung in der Schweiz aus. Jedoch hat diese Kategorie von Zuwander:innen die Politiker:innen und Bürger:innen in den letzten Jahren mehr beschäftigt als jede andere Gruppe der ausländischen Bevölkerung des Landes (Bernhard, 2012; Piguet, 2017). In den letzten Jahrzehnten kam es im Rahmen von direktdemokratischen Abstimmungen in der Schweiz immer wieder zu intensiven öffentlichen Debatten über die Asylpolitik, was zeigt, dass es sich um einen sehr dynamischen und umstrittenen Bereich handelt (Bernhard, 2012).

Die beiden Flüchtlingsgruppen, welche in dieser Arbeit genauer betrachtet werden, unterliegen unterschiedlichen Prozessen, wenn sie die Schweiz erreichen. Aus diesem

Grund fokussiert dieses Kapitel auf das ordentliche Asylverfahren, welches Flüchtlinge aus Syrien durchlaufen und auf den Schutzstatus S, welcher explizit für ukrainische Flüchtlinge aktiviert wurde.

3.1 Asylverfahren

Am 1. März 2019 trat die Revision des Asylverfahrens in Kraft. Einerseits sollten die Kantone entlastet werden, andererseits sollten rechtsstaatlich faire Verfahren und rasche Entscheidungen gefördert werden (Der Bundesrat, 2013). Da sich diese Arbeit auf die Flüchtlingskrise von 2015 fokussiert, wird im Folgenden das alte Asylverfahren erläutert.

Stellt eine asylsuchende Person aus einem Drittstaat in der Schweiz ein Asylgesuch, muss zuerst geprüft werden, ob die Schweiz überhaupt für die Durchführung des Asylverfahrens dieser Person zuständig ist. Dies wird anhand der Kriterien der Dublin-Verordnung geprüft. «Dublin ist ein rechtlicher Rahmen, mit dem festgelegt wird, welcher Dublin-Staat für die Prüfung eines Asylgesuches zuständig ist. Dublin-Staaten sind alle EU-Mitgliedstaaten sowie die vier assoziierten Staaten (Schweiz, Norwegen, Island und das Fürstentum Liechtenstein)» (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.g). Es wird eine Befragung durchgeführt, die sowohl Reiseweg als auch Familienverhältnisse umfasst. Falls sich enge Familienangehörige im Dublin-Raum aufhalten, liegt die Zuständigkeit in dem Staat, in dem sich die Angehörigen befinden. Auch werden die Fingerabdrücke mit der zentralen Fingerabdruckdatenbank Eurodac abgeglichen, um zu prüfen, ob die Person bereits in einem anderen Staat Schutz ersucht hat oder dort illegal eingereist ist. Falls ein anderer Staat zuständig ist, wird die asylsuchende Person an den zuständigen Staat überstellt (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.f). Vor der Überstellung müssen aber die Wegweisungshindernisse geprüft werden, also ob die Wegweisung zumutbar, zulässig und möglich ist (Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht, o.D.). Falls die Prüfung ergibt, dass kein anderer Staat zuständig ist, wird das ordentliche nationale Asylverfahren eingeleitet (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.f). Dabei werden die Asylsuchenden auf die Kantone verteilt und vom SEM im Rahmen einer Anhörung zu ihren Asylgründen befragt. Falls die Faktenlage nach dieser Befragung immer noch unklar ist, können zusätzliche Befragungen oder Abklärungen durchgeführt werden (Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht, o.D.). Das Ziel des Verfahrens ist es, herauszufinden, ob die Asylgründe der Antragsstellenden glaubhaft sind und ob die

Flüchtlingsanerkennung gemäss dem Asylgesetz gerechtfertigt ist (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.e). Anerkannte Flüchtlinge erhalten grundsätzlich Asyl. Dies ist aber nicht der Fall, wenn die asylsuchende Person beispielsweise verwerfliche Handlungen begangen hat oder die Sicherheit der Schweiz gefährdet. Wird ein Asylgesuch abgelehnt, muss jene asylsuchende Person die Schweiz verlassen. Ist dies der Fall, muss auch hier geprüft werden, ob Wegweisungshindernisse existieren. Bestehen solche, verfügt das Staatssekretariat für Migration eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.e). In verschiedenen europäischen Ländern wie auch in der Schweiz wird ein Bürgerkrieg nicht als Asylgrund anerkannt. Denn gemäss Artikel 3 des Asylgesetzes handelt es sich dabei nicht um eine zielgerichtete Verfolgung. Aus diesem Grund erhalten Personen, die durch einen bewaffneten Konflikt vertrieben werden, normalerweise eine vorläufige Aufnahme bzw. einen F-Ausweis. Das trifft auch auf viele syrische Asylsuchende zu (Schweizerische Flüchtlingshilfe, o.D.).

Die vorläufige Aufnahme wird in der Regel für zwölf Monate ausgestellt und kann vom Aufenthaltskanton um jeweils zwölf Monate verlängert werden. Personen mit einem Ausweis F sind schweizweit zur Erwerbstätigkeit berechtigt (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.b). Nach dem sich die vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen fünf Jahre in der Schweiz aufgehalten haben, können sie eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) beantragen. Bei der Beurteilung des Gesuchs werden die Integration, die familiären Verhältnisse und die Zumutbarkeit einer Rückkehr in den Herkunftsstaat berücksichtigt (Staatssekretariat für Migration SEM, 2019). Asylsuchende, welche in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und noch im Asylverfahren stehen, haben grundsätzlich ein Anwesenheitsrecht in der Schweiz. Eine unselbstständige Erwerbstätigkeit kann unter bestimmten Umständen bewilligt werden (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.c). Anerkannte Flüchtlinge haben das Recht auf eine Aufenthaltsbewilligung in dem Kanton, in dem sie sich rechtmässig aufhalten (Ausländerausweis B). Die Bewilligung ist auf ein Jahr befristet, wird aber verlängert, falls die Gründe für die Flüchtlingsanerkennung weiterbestehen. Nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz kann eine unbefristete Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) erteilt werden. Dafür müssen die Integrationskriterien erfüllt sein und es dürfen keine Widerrufsgründe bestehen. «Bei erfolgreicher Integration und guter Verständigung in der am Wohnort gesprochenen Landessprache kann bereits nach fünf Jahren

ein Gesuch um Erteilung der Niederlassungsbewilligung gestellt werden» (Staatssekretariat für Migration SEM, 2019, S. 3).

Anerkannte Flüchtlinge dürfen ihre Familienangehörigen in die Schweiz nachkommen lassen. Dazu gehören Ehegatt:innen, eingetragene Partner:innen sowie Kinder unter 18 Jahren. «Diese werden als Flüchtlinge anerkannt und erhalten Asyl, sofern die Familiengemeinschaft bereits vor der Flucht bestanden hat und wenn keine besonderen Umstände dagegen sprechen» (Staatssekretariat für Migration SEM, 2019, S. 9). Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge können frühestens drei Jahre nach der Erteilung der vorläufigen Aufnahme ein Gesuch für Familiennachzug stellen. Für die Integration der anerkannten Flüchtlinge, vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen werden Kurse und Programme angeboten, unter anderem Sprachkurse. Um sich integrieren zu können, sind auch Arbeit und wirtschaftliche Selbstständigkeit von Bedeutung, wofür Weiterbildungen besucht werden können. Kinder sind ausserdem verpflichtet, die obligatorische Schule zu besuchen. Die Sozialhilfe kann sich je nach Kanton unterscheiden. Anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge haben dieselben Ansprüche auf Sozialhilfe wie Schweizer:innen, die Ansprüche von vorläufig Aufgenommenen werden kantonale geregelt, sind grundsätzlich aber tiefer als jene für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge. Die Regelungen des Gesundheitswesens und der Sozialversicherungen sind für alle in der Schweiz lebenden Personen gleich. Anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge können beim Migrationsamt ihres Wohnkantons einen Reiseausweis für Flüchtlinge beantragen. Mit diesem können sie ins Ausland und wieder zurück in die Schweiz reisen. Der Reiseausweis ist in der Regel fünf Jahre gültig. Vorläufig Aufgenommene dürfen hingegen nicht reisen (Staatssekretariat für Migration SEM, 2019).

3.2 Schutzstatus S

Das Migrationswesen in der Schweiz wurde im Jahr 2022 durch die Millionen von Menschen geprägt, die aufgrund des Krieges in der Ukraine nach Mitteleuropa und in die Schweiz geflohen sind. Um das Asylsystem zu entlasten, hat der Bundesrat am 12. März 2022 beschlossen, den Schutzstatus S zu aktivieren (Der Bundesrat, 2023). Damit soll gewährleistet werden, dass das Asylsystem weiter funktioniert und die ukrainischen Flüchtlinge schnell, unbürokratisch und basierend auf einer rechtlichen Grundlage den Schutz erhalten, den sie benötigen (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.i). Der Schutzstatus S wurde in der Schweiz zum allerersten Mal aktiviert. Damit

«kann einer bestimmten Personengruppe für die Dauer einer schweren Gefährdung, insbesondere während eines Krieges, kollektiv Schutz gewährt werden» (Der Bundesrat, 2022). Ausserdem ermöglicht der Status S den Schutzbedürftigen, Familienmitglieder nachzuziehen. Den Status können nebst ukrainischen Staatsangehörigen und ihren Familienmitgliedern auch Personen aus Drittstaaten erhalten, die die Ukraine wegen des Krieges verlassen haben. Der Ausweis, welcher Personen mit Schutzstatus S erhalten, ist auf ein Jahr begrenzt, jedoch verlängerbar. Die betroffenen Personen dürfen damit ohne zusätzliche Reisebewilligung ins Ausland reisen und in die Schweiz zurückkehren (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.h). Weiter dürfen Personen mit dem Schutzstatus S und einer Arbeitsbewilligung sowohl einer unselbstständigen als auch einer selbstständigen Arbeit nachgehen. Auch das Fortsetzen und Weiterbilden an Universitäten und Fachschulen ist gewährleistet, sowie auch dass schutzbedürftige Kindern so schnell wie möglich eingeschult werden (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.i).

Um alle geflüchteten Menschen aus der Ukraine unterzubringen, arbeiten Bund, Kantone und Private zusammen. Die Bundesasylzentren bilden die erste Anlaufstelle für Geflüchtete. Hier erfolgt auch die Registrierung. Anschliessend weist das SEM die schutzsuchenden Personen einem Kanton zu. Die jeweiligen Kantone sind für die Unterbringung und Betreuung der Schutzsuchenden verantwortlich. Dazu gehört je nach Bedarf auch die Ausrichtung der Sozialhilfe. Die Kantonszuweisung von asyl- und schutzsuchenden Personen erfolgt anhand eines Verteilschlüssels. Dabei erhält jeder Kanton proportional zu seiner Bevölkerung schutzbedürftige Personen zugeteilt. Weiter gibt es verschiedene kantonale Initiativen, welche die Unterbringung von Flüchtlingen bei Gastfamilien fördern. Die Kantone erhalten vom Bund eine Globalpauschale von ungefähr CHF 1'500 pro Sozialhilfe beziehende Person und Monat für die Unterbringung und Betreuung. Ob sie davon eine Entschädigung für die Beherbergung an Private abgeben, liegt in kantonaler Kompetenz (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.i).

Wie bereits erwähnt, wurde der Schutzstatus S in der Schweiz 2022 das erste Mal aktiviert, was bedeutet, dass er bei Flüchtlingen aus Syrien nicht angewendet wurde. Der Bund begründet dies dadurch, dass sich die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz von syrischen Flüchtlingen in einer Grössenordnung hielt, welche das SEM im Rah-

men der bestehenden Prozesse bewältigen konnte. Es wurde auf die Hilfe vor Ort fokussiert, weil viele der vertriebenen Personen jeweils Zuflucht in Nachbarländern suchen und dort oftmals auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Im Gegensatz dazu, sind sehr viele ukrainische Flüchtlinge gleichzeitig in der Schweiz angekommen. Der Schutzstatus S wurde somit genutzt, um den Geflüchteten schnellstmöglich Schutz zu gewähren, ohne das Schweizer Asylsystem zu überlasten (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.i).

4 Narrative Policy Framework

Ziel dieser Arbeit ist es, das NPF auf Schweizer Medienberichterstattungen über die syrische und ukrainische Flüchtlingsbewegung anzuwenden. Deshalb folgen nun die Grundlagen des NPFs und einige Erkenntnisse in Bezug zur Migrationspolitik in der Schweiz, welche mithilfe des NPFs gewonnen wurden.

Das NPF ist ein positivistischer Ansatz, um die Rolle von Narrativen im Politikprozess zu verstehen und hat fünf Grundannahmen (Jones & McBeth, 2010; Shanahan, Jones, Mcbeth, et al., 2018). Erstens geht das NPF davon aus, dass die politische Realität sozial konstruiert wird. Die sozialen Konstruktionen sind aber nicht subjektiv, sondern abhängig von Werten und Normen. Somit variieren die sozialen Konstruktionen, was unterschiedliche politische Realitäten schafft. Die zweite Annahme besagt, dass eine begrenzte Relativität besteht. Denn die Variation der sozialen Konstruktionen ist durch beispielsweise Normen oder Ideologien beschränkt und daher nicht ganz zufällig. Drittens geht das NPF davon aus, dass Narrative eine zentrale Rolle in der menschlichen Kommunikation, Wahrnehmung und Kognition spielen. Das bedeutet, dass Menschen bevorzugt in Form von Geschichten denken und sprechen. Diese Geschichten sind wiederum zentral dafür, wie Menschen mit komplexen Informationen umgehen und die Welt um sich herum verstehen. Die narrative Konstruktion ist ein mächtiges Instrument, das die Realitäten und Emotionen der Menschen formen kann. Dieses Instrument nutzen deshalb auch politische Akteur:innen. Sie konstruieren Policy-Narrative, um die öffentliche Meinung zu formen, die Grösse und Zusammensetzung politischer Koalitionen zu beeinflussen und letztendlich den politischen Wandel zu beeinflussen (Merry, 2022; Shanahan, Jones, Mcbeth, et al., 2018). Dabei spielen auch die Medien eine wichtige Rolle, da in den Artikeln politische Überzeugungen und Strategien eingebettet sind, die eine bevorzugte Interessensvertretungs-Koalition fördern sollen (Shanahan et al., 2008). Shanahan, Mcbeth, et al. (2011) kommen zum Schluss, dass

Policy-Narrative zumindest kurzfristig einen gewissen Einfluss auf die Meinung der Rezipient:innen haben. Die Ergebnisse der Studie zeigen weiter auf, dass Policy-Narrative sogar stark genug sein können, damit Leser:innen mit abweichenden Meinungen umgestimmt werden können.

Die vierte Annahme des NPF ist, dass Policy-Narrative aus verallgemeinerbaren strukturellen Elementen bestehen. Konzeptionell unterscheidet das NPF zwei Erzählkomponenten: Form und Inhalt. Die Form bezieht sich auf die strukturellen Elemente, aus denen eine Erzählung besteht (Schlaufer et al., 2022). Das NPF fokussiert dabei auf vier Kernelemente. Das *Setting* bezeichnet der politische Kontext, der das gesellschaftliche Problem umgibt. Das Setting eines Policy-Narrativs besteht grundsätzlich aus politischen Phänomenen sowie verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, geografischen Gegebenheiten, Beweisen, wirtschaftlichen Bedingungen, Normen oder anderen Merkmalen, die von einer wesentlichen Anzahl von politischen Akteur:innen in einem bestimmten Politikbereich als wichtig erachtet werden (Shanahan, Jones, & McBeth, 2018). Der Zweck des Settings ist es, die Aufmerksamkeit des Publikums auf einen bestimmten Raum und eine bestimmte Zeit zu lenken (Shanahan, Raile, et al., 2018). Weiter muss in einem Policy-Narrativ gemäss NPF mindestens eine handelnde Figur (*character*) vorkommen. «Diese wird je nach Erzählung als Schurke, Opfer oder Held (*villain, victim, or hero*) dargestellt. Während die Schurkenfigur für das identifizierte Problem verantwortlich ist, leidet die Opferfigur unter dem Problem und die Heldenfigur trägt zur Problemlösung bei» (Hildbrand et al., 2020, S. 184). Die *Moral der Geschichte* ist in der Regel die politische Lösung, welche in der Erzählung erwähnt wird. Die politische Lösung wird häufig als Handlung der Held:innen dargestellt, die jemandem helfen oder das Opfer vor Schaden bewahrt. In vielen politischen Erzählungen werden jedoch nicht direkt politische Lösungen genannt, sondern es werden vielmehr Zwischenschritte zu grösseren politischen Lösungen oder ein Verweis auf eine Politik gemacht (Shanahan, Jones, & McBeth, 2018). Das letzte narrative Element ist der *Plot*. Dieser bildet den Handlungsbogen, in dem die Ereignisse mit den Handlungen der Figuren und dem Setting interagieren (Abell, 2004). Plots sind die bis jetzt am wenigsten untersuchten narrativen Elemente, haben jedoch eine wesentliche Bedeutung, da sie die Beziehungen zwischen den restlichen Elementen organisieren (Shanahan, Jones, & McBeth, 2018). Stone (2012) hat Plots definiert, von denen einige die NPF-Analysen weiterhin dominieren. Die Handlung der *Story of decline* konzentriert

sich auf die Verschlechterung der Umstände, wobei eine überzeugende Lösung gesucht wird, wie eine Krise abgewendet werden kann. Die *Story of stymied progress* ist eine Variante der *Story of decline*, wobei sich die Handlung auf einen Aufwärtstrend konzentriert, der durch bestimmte Ereignisse oder Handlungen bedroht wird. In der *Change-is-only-an-illusion story* wird eine Verbesserung oder Verschlechterung einer Situation dargestellt, welche in Wirklichkeit aber gar nicht stattfindet bzw. sich in die entgegengesetzte Richtung entwickelt. Bei der *Story of control* wird die Situation als ausser Kontrolle geraten dargestellt und es wird darauf konzentriert, wie die Kontrolle erlangt werden kann. Weiter gibt es die *Conspiracy story*, bei welcher die Handlung aus dem Bereich des Schicksals in den Bereich der menschlichen Kontrolle führt. Es wird aber behauptet, dass die Kontrolle die ganze Zeit über in den Händen einiger weniger lag, die sie zu ihrem Vorteil genutzt und vor dem Rest verborgen gehalten haben. In der *Blame the victim story* werden die Opfer aufgefordert, ihre selbst auferlegte Situation zu ändern (Kuhlmann & Blum, 2021; Shanahan, Jones, & McBeth, 2018; Stone, 2012).

Der Inhalt eines Policy-Narrativs bezieht sich auf den politischen Kontext und das Thema, welche je nach Erzählung stark variieren können. Während die eben erwähnten narrativen Elemente die Bausteine eines Narrativs sind, verleiht der Inhalt eines Policy-Narrativs den Elementen eine Bedeutung, um politische Realitäten zu schaffen. Dazu gehören Glaubenssysteme (*policy beliefs*) und narrative Strategien (*policy narrative strategies*). Auf diese wird hier jedoch nicht genauer eingegangen, da in der Analyse ausschliesslich auf die narrativen Elemente fokussiert wird.

Die letzte Annahme des NPFs ist, dass Policy-Narrative gleichzeitig auf drei Analyseebenen wirken, nämlich auf der Mikro-, Meso- und Makroebene. Die Abgrenzung dieser Ebenen dient vor allem der Festlegung des Umfangs in Bezug auf die Analyseeinheiten, die untersucht werden. Für das NPF bietet jede Analyseebene einen Ausgangspunkt für die Untersuchung der Rolle von Narrativen im politischen Prozess. Die Analyseebene hilft, die soziale Gruppe oder Bevölkerung zu identifizieren, auf die sich die Forschung konzentriert (Shanahan, Jones, Mcbeth, et al., 2018). Auf der Mikroebene wird untersucht, inwiefern Individuen durch Policy-Narrative informiert und beeinflusst werden. Forschung auf der Mesoebene konzentriert sich auf Gruppen oder Interessensverbände und untersucht, wie sie Policy-Narrative nutzen, um ihre Ziele zu

erreichen. Auf der Makroebene wird untersucht, inwiefern Policy-Narrative, die in Kulturen und Institutionen eingebettet sind, die öffentliche Politik gestalten (Shanahan, Jones, Mcbeth, et al., 2018). Diese Arbeit ist als Forschung auf Mesoebene einzuordnen, da Policy-Narrative betrachtet werden, welche die Medien konstruieren und kommunizieren.

Wichtig zu erwähnen ist, dass das NPF keine Urteile über den Wahrheitsgehalt bestimmter Policy-Narrative fällt. Das NPF versucht, Policy-Narrative in einem empirischen Sinn zu operationalisieren, indem es die politischen Realitäten oder das, was in der Welt existiert und wie es von den Menschen dargestellt wird, erfasst und versucht, die Auswirkungen zu bestimmen (Shanahan, Jones, Mcbeth, et al., 2018). Das NPF bietet einen Vorteil gegenüber anderen Ansätzen zur Rahmenforschung: Nämlich die Möglichkeit, Ergebnisse zu vergleichen und studienübergreifend zu verallgemeinern (Merry, 2022).

Angesichts der wichtigen Bedeutung von Policy-Narrativen in der Schweizer Politik wurde das NPF, insbesondere die narrativen Elemente, bereits umfangreich angewendet, um Policy-Narrative in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Kindes- und Erwachsenenschutz zu erkennen und zu untersuchen (Kuenzler, 2021; Schlauffer, 2018; Stauffer, 2022; Stucki, 2017). Weniger Beachtung wurde bislang den asylpolitischen Debatten geschenkt. Diese sind in westlichen Ländern durch eine aufgeregte Öffentlichkeit, mobilisierte politische Akteur:innen, parteipolitische Konflikte und konkurrierende Konstruktionen von Asylsuchenden gekennzeichnet (Hatton, 2012; Sirriyeh, 2018). In diesen öffentlichen Debatten verknüpfen Policy-Narrative häufig konstruierte politische Probleme mit politischen Interventionen (Boswell et al., 2011; Fischer & Forrester, 1993). Diese Narrative werden sowohl von den Medien, politischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen vermittelt als auch von Regierungen (Boswell et al., 2011; Münch, 2018). Wie bereits erwähnt, dienen Narrative häufig dazu, komplexe Phänomene zu vereinfachen. Dies ist auch bei Migration und Asylpolitik der Fall. Denn die Narrative können die Annahmen stabilisieren, die für politische Interventionen in unsicheren und komplexen Situationen erforderlich sind (Boswell et al., 2011).

5 Annahmen

Anhand all den eben aufgearbeiteten politischen und wissenschaftlichen Grundlagen haben sich einige Annahmen gebildet, die in diesem Kapitel kurz ausgeführt werden.

1. In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird Russland als Bösewicht dominieren, wohingegen in den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge nicht diejenigen am meisten als Bösewicht genannt werden, welche für den Konflikt verantwortlich sind.

Bereits bevor Russland die Ukraine angriff, war in den Medien über die Aufrüstung in Russland zu lesen. Seit dem Einmarsch Russlands bekommt der Krieg jedoch noch grössere mediale Aufmerksamkeit. Deshalb ist zu vermuten, dass Putin beziehungsweise Russland klar als Bösewicht dargestellt wird. Im syrischen Konflikt gibt es hingegen viele verschiedene involvierte Akteur:innen, bei welchen davon ausgegangen werden kann, dass sie der europäischen Durchschnittsbevölkerung weniger bekannt sind. Aus diesem Grund besteht die Annahme, dass der syrische Konflikt nur oberflächlich erwähnt wird und nicht gross auf die Akteur:innen eingegangen wird, die für den Konflikt verantwortlich sind.

2. Die syrischen Flüchtlinge werden mit den Terroranschlägen in Paris assoziiert, weshalb sie in den Medienberichterstattungen gefährlicher dargestellt werden als die ukrainischen Flüchtlinge.

Da die syrische Flüchtlingswelle zeitlich mit den Terroranschlägen in Paris zusammenfiel, könnte es sein, dass diese Gruppe an Flüchtlingen mit den Terrorist:innen in Verbindung gesetzt wird. Im Zusammenhang mit den ukrainischen Flüchtlingen gab es hingegen kein bestimmtes Ereignis, das dazu geführt hätte, die ukrainischen Flüchtlinge als gefährlich einzustufen.

3. Auf die Situation der ukrainischen Flüchtlinge wird in den Medienberichterstattungen genauer eingegangen als auf die der syrischen Flüchtlinge.

Diese Annahme bezieht sich auf den religiösen und kulturellen Aspekt, der sich zwischen den beiden Flüchtlingsgruppen unterscheidet. Die syrischen Flüchtlinge sind nicht mit europäischen Wertevorstellungen aufgewachsen, weshalb es für die europäische Bevölkerung wohl etwas schwieriger ist, sich in die Flüchtlinge hineinzuversetzen. Die ukrainischen Flüchtlinge stammen hingegen aus Europa, sind somit sowohl kulturell und geografisch näher gelegen. Deshalb ist zu vermuten, dass die ukrainischen Flüchtlinge und ihre Situation etwas nahbarer und persönlicher dargestellt werden als es bei den syrischen Flüchtlingen der Fall ist.

4. Die syrischen Flüchtlinge werden im Gegensatz zu den ukrainischen Flüchtlingen verstärkt als Last für die Aufnahmeländer dargestellt.

Wie in Kapitel 2.2 erläutert wurde, handelt es sich bei den ukrainischen Flüchtlingen häufig um Personen der Mittelschicht, deren Ausbildungen in Europa grösstenteils akzeptiert werden. Ausserdem wanderten ukrainische Staatsbürger:innen bereits in den vorgehenden Jahren in die EU aus, um dort eine Anstellung zu finden. Im Gegensatz dazu ist das Bildungsniveau in Syrien eher tief, vor allem seit der Schulschliessungen aufgrund des Konflikts. Dies lässt vermuten, dass die ukrainischen Flüchtlinge im Gegensatz zu den syrischen Flüchtlingen weniger als Last bezeichnet werden, da sie sich in dieser Hinsicht besser integrieren können.

6 Forschungsdesign & Methode

Bisher stützten sich NPF-Forschungen vor allem auf quantitative Methoden, auch wenn qualitative Ansätze immer mehr aufkommen (Gray & Jones, 2016; Pierce et al., 2014). Gray & Jones (2016) sprechen sich dafür aus, in qualitativen Forschungen die zentralen Annahmen, die Theorie und die Struktur des NPF so stehen zu lassen, wie sie auch in quantitativen Ansätzen verwendet werden. Jedoch soll vermehrt induktiv gearbeitet werden. Einerseits ermöglicht qualitative NPF-Forschung, politische Phänomene zu untersuchen, welche den quantitativen Ansätzen weniger zugänglich sind, andererseits erweitert sie die Fähigkeit, auf normative politische Anliegen einzugehen.

Als Forschungsdesign wurde für diese Arbeit eine strukturierende qualitative Inhaltsanalyse gewählt. Eine qualitative Inhaltsanalyse ist eine Methode zur Auswertung von Texten, die im Rahmen von sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten erhoben werden. Die qualitative Inhaltsanalyse kann eine grosse Menge an Material verarbeiten, wobei sie qualitativ-interpretativ bleibt, und somit auch latente Sinngehalte erfassen kann. Das Vorgehen dabei ist regelgeleitet, was eine intersubjektive Überprüfbarkeit gewährleisten soll. Bei der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse «handelt es sich um deduktive Kategorienanwendungen, bei denen das Kategoriensystem vorab theoriegeleitet entwickelt und dann an den Text herangetragen wird» (Mayring & Fenzl, 2019, S. 638). Zentrales Hilfsmittel stellt hier das Codebuch dar. Darin wird für jede Kategorie eine Definition, ein Beispiel und in dieser Arbeit die Quelle festgehalten. Das Codebuch wird in einem ersten Schritt theoriegeleitet entwickelt, in einem zweiten Schritt wird es anhand des Materials ergänzt (Mayring & Fenzl, 2019). «Da es sich bei der Inhaltsanalyse um eine der meistverwendeten Methoden in der bisherigen

Meso-level NPF-Forschung handelt» (Hildbrand et al., 2020, S. 189), wurde für diese Arbeit das bereits mehrfach erprobte Codebuch von Shanahan et al. (2018) verwendet und für die vorliegenden Bedürfnisse angepasst. Anhand des Codebuchs kann bestimmt werden, wann welche Kategorie einer Textstelle zugeordnet werden kann (Mayring & Fenzl, 2019).

Anhand dieses Forschungsdesigns wurden insgesamt 100 Medienberichterstattungen untersucht. Dabei handeln 50 Artikel von der syrischen Fluchtbewegung, die anderen 50 von der ukrainischen Fluchtbewegung. Medien sind eine gute Quelle für Narrative, da sie von Zeitungsmitarbeitenden verfasste Nachrichten, Leitartikel und aufbereitete Interviews enthalten. Zeitungen sind oft die besten frühen Quellen für politische Erzählungen über lokale Themen. Denn die politischen Akteur:innen bilden erst viel später im politischen Prozess Gruppen, in deren Rahmen sie anschliessend kommunizieren (Shanahan, Jones, & McBeth, 2018). Medien dienen grundsätzlich der Informationsverbreitung, jedoch wird explizit entschieden, was ein- oder ausgeschlossen wird und wer oder was zitiert wird, um eine gute Erzählung zu konstruieren. Medienberichterstattungen als Analyseeinheiten zu verwenden ist somit geeignet, da die Policy-Narrative in aktuelle Informationen eingebettet werden können. Im Vergleich zu anderen Informationsquellen sind Leser:innen von Zeitungen grundsätzlich bereit, diese Narrative aufzunehmen (Shanahan et al., 2011). Die Mehrsprachigkeit und die ausgeprägte föderalistische Prägung der Schweiz haben zu vielfältigen, kleinräumigen und eigenständigen Medienlandschaften geführt (Studer et al., 2014). Da jedoch die gesamte Schweiz von den Flüchtlingsbewegungen betroffen war, wird in dieser Arbeit nur zwischen den sprachlich abgegrenzten Medienlandschaften unterschieden. Es wurden ausschliesslich Berichterstattungen von Medien untersucht, die grossflächig in der Deutschschweiz verbreitet sind, nämlich von 20 Minuten, Blick, SRF news, der Neue Zürcher Zeitung (NZZ) und des Tages-Anzeigers. Diese Medien wurden aufgrund ihrer Diversität ausgewählt. Denn sowohl der Blick als auch 20 Minuten befinden sich unter den Medien mit der tiefsten Gesamtqualität, die NZZ, der Tages-Anzeiger und SRF news gehören dagegen zu den Medien mit der höchsten Gesamtqualität (Stifterverein Medienqualität Schweiz, 2022). Trotz dieses Unterschieds handelt es sich bei den ausgewählten Zeitungen um die fünf Medien mit grösster Meinungsmacht in der Deutschschweiz - Radio und Social Media Plattformen ausgeschlossen (Thommen et al., 2022). Weiter unterscheiden sich auch die politischen Ansichten der Zeitungen. Ge-

mässig eurotopics (o. J.) ist die NZZ beispielsweise liberal-konservativ, der Tages-Anzeiger dagegen linksliberal ausgerichtet. Auch der Blick hat eine linksliberale Haltung, wogegen 20 Minuten und SRF news als Mitte klassifiziert werden. SRF news nimmt hierbei eine spezielle Rolle ein, da eine Leistungsvereinbarung mit dem Bund besteht (Position Politique, 2021). Es wurden ausschliesslich Onlinepublikationen betrachtet, da in dieser Form mehr Artikel veröffentlicht wurden.

Für die Datenerhebung wurde die Plattform swissdox.ch genutzt. Dabei wurden für beide Flüchtlingsbewegungen eine Zeitspanne von drei Monaten gewählt, beginnend mit dem Monat, in dem am meisten Schutzsuchende in der Schweiz eingetroffen sind. Das ergab für die syrische Flüchtlingsbewegung eine Zeitspanne vom 1. November 2015 bis zum 21. Januar 2016 (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.a) und für die ukrainische Flüchtlingsbewegung vom 1. April 2022 bis zum 30. Juni 2022 (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.d). Um inhaltlich passende Artikel zu finden, wurden bestimmte Filterkriterien gesetzt. Diese sind in Tabelle 1 sichtbar.

Tabelle 1 - Filter swissdox.ch

<i>Syrien</i>	<i>Ukraine</i>
syri* AND "flüchtling flüchtling"~1000 NOT ticker NOT kurzmeldungen NOT übersicht NOT überblick	ukrain* AND "flüchtling flüchtling"~1000 NOT ticker NOT kurzmeldungen NOT übersicht NOT überblick

Mit dem Asterisk wird ermöglicht, dass alle Begriffe gefunden werden, die mit «syri» oder «ukrain» beginnen. Somit werden beispielsweise sowohl Syrien als auch syrisch eingeschlossen. Durch das Ausprobieren von verschiedenen Filtern wurde schnell klar, dass der Begriff Flüchtling mehr als einmal vorkommen sollte, da ansonsten viele Artikel in die Grundgesamtheit miteingeschlossen werden, welche gar nicht direkt von Flüchtlingen handeln. Aus diesem Grund wurde mittels Tilde bestimmt, dass der Begriff Flüchtling mindestens zwei Mal in 1'000 Wörtern vorkommen muss. Auch wurden die Worte Ticker, Kurzmeldungen und Übersicht ausgeschlossen. Unter diesen Begriffen erscheinen grösstenteils Medienberichterstattungen, die viele sehr unterschiedliche Kurzmeldungen beinhalten. Da es sich dabei vor allem um Fakten handelte und die Artikel somit wenig oder gar keine Narrative enthielten, wurden diese von Anfang an ausgeschlossen.

Alle Artikel, die den eben genannten Filterkriterien entsprachen, wurden in einem nächsten Schritt in ein Excel Dokument kopiert. Die Medienberichterstattungen wurden dabei nach Publikationsdatum aufgelistet. Während dem Kopieren wurde ersichtlich, dass einige Artikel doppelt vorkamen – diese hatten denselben Namen und wurden in einem sehr kurzen Zeitraum von derselben Zeitung veröffentlicht. Diejenigen Artikel, die früher publiziert wurden, wurden gelöscht, da es sich beim späteren Artikel somit um den aktuelleren handelte und meistens auch umfangreicher war. Dies sollte verhindern, dass zwei Mal exakt dieselben Narrative codiert werden. Artikel, die denselben Namen haben, aber von unterschiedlichen Zeitungen stammen, wurden drin gelassen. Dies ergab eine Grundgesamtheit von 479 Artikeln, die von syrischen Flüchtlingen handeln und 300 Artikel, die sich mit ukrainischen Flüchtlingen beschäftigen. Um die Arbeit einzugrenzen, wurde eine Stichprobe im Umfang von 100 Berichterstattungen definiert. Mithilfe eines Zufallsgenerators wurden 50 Artikel pro Flüchtlingsbewegung ausgewählt. Die Analysegrundlage setzt sich gemäss Tabelle 2 zusammen.

Tabelle 2 - Datenübersicht

	<i>Syrische Fluchtbewegung</i>	<i>Ukrainische Fluchtbewegung</i>
Art der Daten	Mediale Berichterstattungen	
Datengrundlage	Artikel aus verschiedenen deutschsprachigen Tageszeitungen (SRF, 20 Minuten, NZZ, Blick, Tages-Anzeiger)	
Zeitraum	01.11.2015 - 21.01.2016	01.04.2022 - 30.06.2022
Anzahl Artikel	50	50
Analysemethode	Inhaltsanalyse	

Trotz der Filterkriterien gab es drei Artikel, die sich nicht für die vorgesehene Analyse eigneten. Diese Artikel wurden mit der nächstgrösseren verfügbaren Codiereinheit ersetzt. Artikel 100 der Grundgesamtheit Ukraine bestand ausschliesslich aus Fakten und beinhaltete somit keine Narrative. Da sich Artikel 101 bereits in der Stichprobe befand, wurde Artikel 102 in die Stichprobe aufgenommen. Dasselbe war mit Artikel 58 der Grundgesamtheit Ukraine der Fall, weshalb dieser mit Artikel 59 ersetzt wurde. Artikel 391 der Grundgesamtheit Syrien handelte nicht von syrischen Flüchtlingen, weshalb dieser ebenfalls ausgetauscht wurde, nämlich mit Artikel 392.

Ziel der Analyse war es, die unterschiedlichen Berichterstattungen auf die darin enthaltenen Policy-Narrative zu untersuchen. Für die Codierung wurde das qualitative Softwareprogramm MAXQDA benutzt. Der deduktive Aspekt der Codierung umfasste die traditionellen narrativen Elemente des NPFs: Setting, Figuren, Moral of the Story und Plots. Während des ersten Codierdurchgangs wurden induktiv verschiedene Kategorien der narrativen Elemente gebildet. Diese wurden vor dem zweiten Codierdurchgang etwas zusammengefasst, damit die Codes etwas übersichtlicher und somit einfacher vergleichbar wurden.

7 Ergebnisse

Die Analyse wurde anhand der vier narrativen Elemente des NPFs durchgeführt, weshalb auch die Ergebnisse in dieser Struktur präsentiert werden. Alle Elemente wurden während der Analyse in weitere Kategorien aufgeteilt. Es werden folgend nicht alle Kategorien präsentiert, sondern es wird nur auf die eingegangen, die am meisten erwähnt wurden und somit auch am aussagekräftigsten sind.

7.1 Setting

Die Settings der Berichterstattungen über die beiden untersuchten Flüchtlingsbewegungen unterscheiden sich stark. Viele Artikel über die syrische Flüchtlingsbewegung spielen sich auf der Balkanroute ab. Dabei thematisieren viele Artikel die Seeroute durch die Ägäis, über welche viele Flüchtlinge versuchen, von der Türkei nach Griechenland zu gelangen. «Die Seeroute nach Lesbos ist mit Anbruch des Herbstwetters gefährlicher geworden, wird aber dennoch weiterhin von zahlreichen Flüchtlingen auf dem Weg in die EU genutzt» (11_Syrien_blick_11.11.2015_11.05, S. 1).

Bei der Havarie eines Flüchtlingsschiffs auf dem Weg von der Türkei nach Griechenland sind am Samstag nach Behördenangaben mindestens 37 Menschen ertrunken. Das Boot mit Syrern rammte auf der Fahrt zur griechischen Insel Lesbos im Morgengrauen Felsen und kenterte. Unter den Toten waren mehrere Babys und junge Kinder. (28_Syrien_ta_30.01.2016_24.05, S. 1)

Auch über spätere Etappen auf der Balkanroute wird berichtet. Die hohe Anzahl an Flüchtlingen überfordert die Balkanländer, weshalb es zu langen Wartezeiten in den Registrierzentren kommt. Zusätzlich schliessen verschiedenste Balkanländer ihre Grenzen für gewisse Nationalitäten. Dies führt wiederum zu viel Aufmerksamkeit aufgrund der Zustände vor Ort und den Streiks, die die Flüchtlinge durchführen.

Nachdem in den vergangenen Wochen nur noch Flüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan mit Reiseziel Deutschland oder Österreich der Grenzübertritt erlaubt worden war, hat Mazedonien die Grenze zu Griechenland nun offenbar komplett geschlossen. (...) Hintergrund sei, dass das Nachbarland Serbien, das für die meisten Fliehenden die nächste Etappe auf der Balkanroute darstellt, ebenfalls keine Flüchtlinge mehr einreisen lasse. (9_Syrien_blick_27.01.2016_11.05, S. 1)

Ein Setting, das im Rahmen der Berichterstattungen über die syrische Flüchtlingsbewegung ebenfalls häufig erwähnt wird, ist die europäische Flüchtlingsdebatte. Es handelt sich um eine der grössten Flüchtlingswellen und die europäischen Staaten sind mit der Menge an Personen, die nach Europa reisen wollen, überfordert. Zusätzlich haben alle Länder eine andere Vorstellung davon, wie die europäische Flüchtlingspolitik aussehen sollte. Was häufig und in verschiedenen Ländern diskutiert wird, ist, ob die jeweiligen Länder Obergrenzen der Flüchtlingsaufnahme einführen sollen (43_Syrien_nzz_24.11.2015_24.05). Weiter wird über Flüchtlingskontingente und die grundsätzliche Zusammenarbeit der EU-Länder diskutiert.

Dass die 28 EU-Regierungschefs in der Flüchtlingskrise nicht am gleichen Strick ziehen, ist am Donnerstag in Brüssel deutlicher geworden denn je. Noch bevor das zweitägige Gipfeltreffen begann, trafen sich am Vormittag in der österreichischen EU-Botschaft die Regierungschefs von zehn EU-Staaten zu einem «Mini-Gipfel», während ihre achtzehn Kollegen erst am Nachmittag in Brüssel eintrafen. (25_Syrien_nzz_17.12.2015_15.05, S. 1)

Im Rahmen der europäischen Flüchtlingsdebatte wird auch die Sicherheit Europas diskutiert. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist die Verminderung illegaler Einwanderung. Dabei spielen auch die Terroranschläge in Paris eine wichtige Rolle, da die Attentäter:innen höchstwahrscheinlich mit gefälschten Pässen nach Europa gelangt sind. Vor diesem Hintergrund wird debattiert, ob die Reisefreiheit im Schengen-Raum noch zeitgerecht ist oder ob diese eingeschränkt werden sollte.

Ein Teil der Attentäter kam mit zwei in Belgien angemieteten Fahrzeugen über die Grenze nach Paris. Mindestens zwei der Männer lebten in Brüssel. Sie hatten französische Pässe. Schengen heisst auch Reisefreiheit ohne Kontrollen für mutmassliche Terroristen und ihre Helfer. Nach dem Anschlag dürfte der Ruf nach mehr Kontrollen an den Binnengrenzen lauter werden. (50_Syrien_ta_15.11.2015_24.05, S. 1)

Die Berichterstattungen über die syrische Fluchtbewegung konzentrieren sich somit vor allem auf Vorfälle auf der Balkanroute und auf Uneinigkeiten der europäischen Länder in Bezug auf die Aufteilung und Kontrolle der Flüchtlinge. Die Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge konzentrieren sich dagegen auf Situationen in der Schweiz. Ein grosses Thema ist die Unterkunft der Flüchtlinge. Für diese sind vor allem die Kantone und Gemeinden zuständig, wobei viele Privatpersonen Zimmer und Wohnungen zur Verfügung stellen. In diesem Setting gibt es unterschiedliche illustrative Berichterstattungen.

Heile Welt irgendwo auf dem Land zwischen Biel und Bern: Meine Kinder verbringen eine Woche ihrer Frühlingsferien bei den Grosseltern. Das ist seit Jahren so, aber in diesen Ferien war etwas anders. Nebst Grossmueti und Grossvati waren nämlich noch weitere Gäste im Haus – Ludmilla und Edvard, beide Mitte fünfzig. Das ukrainische Ehepaar kommt aus einem Ort am Asowschen Meer unweit von Mariupol, jener Hafenstadt, die im Zuge des Ukrainekriegs traurige Berühmtheit erlangt hat. (53_Ukraine_ta_23.05.2022_03.05, S. 1)

Ein weiterer Diskussionspunkt sind die Unterschiede zwischen den Kantonen in Bezug zur finanziellen Unterstützung der Flüchtlinge. «Ukrainische Flüchtlinge haben in der Schweiz Anrecht auf Sozialhilfe. Doch wie viel sie bekommen, ist von Kanton zu Kanton – und teilweise von Gemeinde zu Gemeinde – ganz unterschiedlich» (79_Ukraine_blick_12.04.2022_26.05, S. 1). In diesem Zusammenhang wird auch die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge auf die Kantone und Gemeinden angesprochen, sowie die Überforderung einzelner Gemeinden mit der grossen Anzahl von Flüchtlingen, die integriert werden sollten (93_Ukraine_srf_29.06.2022_26.05). Im Zusammenhang mit der Integration wird von den Medien auch vermehrt das Thema Sprachkenntnisse und Arbeitsplätze angesprochen. «Immer mehr Ukrainerinnen wollen arbeiten. Dafür sind Deutschkenntnisse nötig. Jetzt reagiert der Zürcher Regierungsrat und spricht Geld für Sprachkurse» (58_Ukraine_ta_27.06.2022_11.05, S. 1). Da vor allem Frauen und Kinder flüchteten, wird auch das Thema Einschulung aufgegriffen. «Es ist die grösste Herausforderung seit Jahrzehnten: Bis zu 11'000 ukrainische Kinder müssen integriert werden. Höchste Zeit, die Probleme im Schulwesen richtig anzugehen» (90_Ukraine_ta_14.05.2022_26.05, S. 1).

Ein weiteres Setting, welches von den Medien aufgegriffen wird, ist die Ungleichbehandlung von Flüchtlingen in der Schweiz. Hier werden einerseits die konkreten Unter-

schiede zwischen dem Schutzstatus S und F diskutiert (55_Ukraine_srf_20.04.2022_24.05), andererseits zwischen ukrainischen Flüchtlingen und Flüchtlingen anderer Nationalitäten. Dazu zählen auch ukrainische Flüchtlinge, welche ursprünglich aus einem anderen Land stammen.

Personen aus Drittstaaten, die aus der Ukraine geflüchtet sind, erleben auf der Flucht offene Diskriminierung. Auch in der Schweiz seien diese Personen ganz offiziell schlechter gestellt, sagt die Organisation society moko, die sich für diese Drittstaatler in der Schweiz einsetzt. (97_Ukraine_20m_19.05.2022_26.05, S. 1)

7.2 Figuren

Die Medienartikel wurden anhand der drei typischen NPF-Figuren codiert. Tabelle 3 fasst die Ergebnisse dieser deduktiven Analyse zusammen.

Tabelle 3 - Übersicht Figuren

	Syrien	%	Ukraine	%	Total	%
Bösewicht	111	13.1	121	14.3	232	27.4
Opfer	186	22.0	242	28.6	428	50.6
Held:in	58	6.9	128	15.1	186	22
Total	355	42.0	491	58.0	846	100
Chi-Quadrat-Test	$\chi^2 (2) = 12.6, p < 0.05, \text{Cramer's } V = 0.12$					

Der Chi-Quadrat-Test ergibt, dass sich die beiden Flüchtlingsgruppen hinsichtlich ihrer Figuren signifikant unterscheiden. Gemäss Cramer's V besteht aber ein relativ schwacher Zusammenhang zwischen den Flüchtlingsgruppen und den verwendeten Figuren. Auffällig ist, dass die Opfer über 50 Prozent der Figuren ausmachen. Weiter enthalten die Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge fast 10 Prozent mehr Figuren als die Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge. Wie die wichtigsten Akteursgruppen in den Berichterstattungen dargestellt werden, wird in den folgenden Kapiteln erläutert.

7.2.1 Bösewicht

Die Berichterstattungen über die beiden Flüchtlingsgruppen enthalten fast gleich viele Bösewichte, wobei sie sich jedoch stark unterscheiden. In den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge werden die Terrorist:innen am häufigsten als Bösewicht

genannt. Montassar BenMrad, Präsident der Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz, spricht über eine radikalisierte Gruppe, die wie eine apokalyptische Sekte funktioniert und gezielte Anschläge verübt. Dafür werden junge Menschen manipuliert und von ihren Familien, Freund:innen und ihrem Glauben entfremdet, mit dem Ziel, Einfluss auf sie ausüben zu können (4_Syrien_nzz_15.11.2015_14.04). Sie sind der Grund, weshalb so viele Menschen aus Syrien geflüchtet sind. Durch die Anschläge in Paris verängstigten sie sowohl Europa als auch die Flüchtlinge, welche sich auf dem Weg nach Europa befinden (48_Syrien_ta_21.11.2015_24.05). In engem Zusammenhang dazu stehen illegale Flüchtlinge, welche unkontrolliert nach Europa reisen (30_Syrien_ta_16.11.2015_24.05, S. 1). In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird der Terrorismus nur erwähnt, als Karin Keller-Sutter sich für einen umfassenden Staatsbeitrag an die Sicherheitskosten für religiöse Einrichtungen ausspricht, da jüdische und muslimische Einrichtungen einer Terrorgefahr ausgesetzt seien (57_Ukraine_srf_29.05.2022_08.05).

Ein weiterer häufig genannter Bösewicht in den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge ist Europa. Dabei ist vor allem die EU und deren Mitgliedstaaten gemeint. Einerseits wird die EU kritisiert, da sie die Flüchtlingskrise Deutschland überlässt und nicht aktiv an einer Lösung arbeitet, sondern darauf wartet, dass Angela Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik scheitert (5_Syrien_ta_15.01.2016_05.03). Andererseits wird die Abschreckungspolitik kritisiert, welche Europa ausübt. Laut einem Migrationsexperten bei Médecins sans Frontières führt diese nur dazu, dass die Flüchtlinge noch mehr leiden, denn sie flüchten sowieso. Dabei spielt auch der fehlende Konsens der EU-Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle.

Man versucht, wiederum auf dem Rücken der Menschen auf der Flucht, Druck auszuüben, weil offenbar der Dialog und die Solidarität unter den Mitgliedstaaten der EU nicht gegeben sind; beziehungsweise weil man auch nicht gewillt ist, zu einem Konsens zu gelangen. (8_Syrien_srf_19.01.2016_11.05, S. 1)

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die zögerliche Haltung der EU gegenüber den Balkanstaaten und auch in Bezug zur Soforthilfe vor Ort. Der türkische Premierminister Ahmet Davutoglu äussert sich beispielsweise folgendermassen: «Während in der EU weiter diskutiert werde, habe die Türkei versprochene Massnahmen bereits umgesetzt» (23_Syrien_srf_22.01.2016_15.05, S. 1). Auch die Situation in Griechenland wird vermehrt angesprochen. Um nach Europa reisen zu können, flüchten die meisten

Menschen zuerst nach Griechenland, was mit sich bringt, dass Griechenland stark ausgelastet ist. Da Griechenland ein Schengen-Staat ist und somit die Aussengrenzen kontrollieren muss, ist das Land auf Unterstützung der EU angewiesen. Diese Unterstützung erweist sich aber als eher ineffizient.

So haben die EU-Mitgliedsländer der Frontex deutlich weniger Grenzschrützer geliefert als diese angefordert hatte. Auch die für die Registrierung zentralen Scanner, die mit der Eurodac-Datenbank für Fingerabdrücke verbunden sind, lassen auf sich warten. (7_Syrien_nzz_08.12.2015_08.05, S. 2)

In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird die EU deutlich weniger als Bösewicht dargestellt, ihre Migrationspolitik wird aber scharf kritisiert: «Die EU betreibt eine inkohärente, widersprüchliche und, wie viele meinen, letztlich heuchlerische Migrationspolitik» (95_Ukraine_nzz_22.06.2022_26.05, S. 1). Dabei werden vor allem die gewalttätigen Zurückweisungen thematisiert.

Diese Abwehr von Migranten und Flüchtlingen geschieht ganz klar im Auftrag der EU und einzelner Schengenstaaten. De facto handelt es sich um die Auslagerung der «Drecksarbeit», der robusten und oft mit Androhung von Gewalt verbundenen Grenzsicherung, die Europa diesen Staaten auf solche Weise aufbürdet. (95_Ukraine_nzz_22.06.2022_26.05, S. 2)

In den Artikeln über die ukrainische Fluchtbewegung dominiert Russland als Bösewicht. Dazu werden sowohl Putin als auch russische Truppen und Unterstützer:innen gezählt. Der Fokus der Berichterstattungen liegt auf der Brutalität, wie die russischen Truppen gegen die ukrainische Bevölkerung vorgehen. Dazu gehören beispielsweise die Filtrationscamps, in denen Menschen eine Filtration durchlaufen müssen, die aus einem russisch besetzten Gebiet in ein ukrainisch gehaltenes Gebiet reisen möchten. Gemäss Augenzeug:innen herrschen in diesen Camps Gewalt, Willkür und schlimmste Umstände, bei denen auch immer wieder Menschen spurlos verschwinden (86_Ukraine_20m_23.05.2022_26.05). Die brutale Umgangsweise mit den zivilen Opfern ist jedoch nicht nur in den Camps präsent, wie Lyudmila Denisova, die als Kommissarin für Menschenrechte in der Ukraine tätig ist, in einem Interview erzählt.

Was ist der Grund, dass die Russen systematisch Frauen vergewaltigen? Der Hintergrund ist, dass sie es Frauen verunmöglichen wollen, dass sie je wieder Kinder haben können oder wollen. Das ist klarer Völkermord. Die Soldaten stützen sich auf

Putins Anweisung, das ganze Land zu zerstören. (96_Ukraine_blick_04.05.2022_26.05, S. 1)

In Bezug zur russischen Brutalität wird sogar ein Vergleich zum syrischen Konflikt gezogen. «In Syrien sympathisieren die Menschen mit der Ukraine – weil sie selbst die brutale russische Taktik gegen die Zivilgesellschaft erlebt haben» (76_Ukraine_nzz_15.04.2022_26.05, S. 1). In den Berichterstattungen über die syrische Flüchtlingsbewegung wird nicht gross über die Bedingungen im Land selbst oder die Personen gesprochen, die für die Fluchtwelle verantwortlich sind.

Ausschliesslich in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge, dafür aber sehr häufig, werden die Schweizer Bundesverwaltung und die Kantone als Bösewichte dargestellt. Dabei geht es vor allem um die Unterbringung der Flüchtlinge. Viele Gastfamilien haben sich registriert, um ukrainische Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Und obwohl die Flüchtlinge lieber bei Gastfamilien wohnen würden, quartieren die Behörden die Flüchtlinge in provisorische Kollektivunterkünfte ein.

«Der Bund leistet in der aktuellen Situation keinen wesentlichen Anteil an die Erunterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine.» Er delegiere diese Aufgabe – und die damit verbundenen Risiken bezüglich Planung und Finanzierung – praktisch vollständig an die Städte, Gemeinden und Kantone. «Das Departement Soziales bedauert, dass voraussichtlich unterirdische Unterkünfte in Betrieb genommen werden müssen, obwohl die Bundesasylzentren nicht ausgelastet sind», heisst es weiter. (71_Ukraine_ta_01.06.2022_15.05, S. 2)

Auch habe der Bund zu grosse Versprechen hinsichtlich der schnellen Integration der Flüchtlinge gemacht. Er «versprach den Geflüchteten rasche und umfassende Hilfe, Zugang zum Arbeitsmarkt und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in der Schweiz. Einlösen müssen diese Versprechen jedoch die Gemeinden» (93_Ukraine_srf_29.06.2022_26.05, S. 1). Um diese Ziele zu erreichen, benötigen die Flüchtlinge intensive Betreuung. Doch die Gemeinden können diesem Bedürfnis aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht gerecht werden. Ein weiterer Diskussionspunkt, in dem der Bund wie auch einige Kantone als sehr knausrig dargestellt werden, ist die finanzielle Unterstützung der Flüchtlinge.

Raia wohnt umsonst. Ihre Krankenkasse bezahlt das Sozialamt. Sie kann sogar gratis einen Deutschkurs besuchen. Aber einen Goldhasen von Lindt? Einen

Abend in einer Pizzeria? Einen neuen Trainingsanzug, damit sie nicht immer denselben anziehen muss, den sie aus ihrer völlig zerbombten Wohnung in Charkiw mitgenommen hat? Ein paar Schuhe müssten ja wohl auch einmal drinliegen, lieber Schweizer Staat, der du das Asylwesen zusammengespart hast. (65_Ukraine_ta_15.04.2022_11.05, S. 1)

7.2.2 Opfer

Wie bereits erwähnt, machen die Opfer in den untersuchten Artikeln mehr als 50 Prozent der codierten Figuren aus, wobei in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge etwas mehr genannt werden. Diejenigen, die mit Abstand am meisten als Opfer dargestellt werden, sind die Flüchtlinge – sowohl in Berichterstattungen über die syrische als auch über die ukrainische Fluchtbewegung. In den Berichterstattungen über die syrische Flüchtlingsbewegung geht es vor allem darum, wie die Flüchtlinge vor dem Krieg flüchten mussten. «Viele Flüchtlinge, die den Weg nach Europa auf sich nehmen, haben bereits traumatische Erlebnisse hinter sich. Was sie aber teilweise auf der Flucht erleben, ist grauenhaft» (8_Syrien_srf_19.01.2016_11.05, S. 1). Zur Flucht gehört bei vielen Flüchtlingen die Überfahrt nach Griechenland dazu, bei welcher sehr viele Menschen ums Leben kommen. Auch Grenzschiessungen auf den Flüchtlingsrouten erschweren die Flucht. Damit entstehen wochenlange Wartefristen, in welchen die Flüchtlinge weder registriert sind noch Anspruch auf eine Unterkunft oder finanzielle Unterstützung haben (26_Syrien_ta_26.11.2015_24.05). Dieses Problem bringt eine fehlende Schulbildung für Flüchtlingskinder mit sich.

Vier Millionen Syrer sind vor dem Bürgerkrieg ins Ausland geflohen, zumeist in einen der Nachbarstaaten, wo sie in provisorischen Unterkünften ausharren. Einer der Gründe, weshalb sich immer mehr Flüchtlinge zur Weiterreise nach Europa entschliessen, ist das Fehlen von Perspektiven für die Ausbildung der eigenen Kinder. (...) Solange sich dies nicht ändere, würden die «Todesreisen nach Europa» auch im neuen Jahr weiter zunehmen (18_Syrien_nzz_13.01.2016_15.05, S. 1)

Die Flüchtlinge leiden jedoch nicht nur unter den Rahmenbedingungen, die auf ihrer Flucht herrschen. Vor allem Frauen leiden unter Taten von Menschen, denen sie auf ihrer Flucht begegnen. Gemäss Amnesty International sind weibliche Flüchtlinge auf jeder Etappe ihrer Reise körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt (35_Syrien_nzz_18.01.2016_24.05). «Sie seien von Schmugglern, Sicherheitspersonal oder

anderen Flüchtlingen unter Druck gesetzt worden, Sex zu haben» (2_Syrien_blick_18.01.2016_03.05, S. 1).

Wie bereits erwähnt, fielen die Terroranschläge in Paris zeitlich mit der syrischen Flüchtlingswelle zusammen. Mindestens ein Attentäter in Paris hatte einen syrischen Pass bei sich, was die Skepsis gegenüber syrischen Flüchtlingen erhöht. Damit kommt die Angst auf, dass noch mehr Attentäter:innen mittels Flüchtlingsroute nach Europa gelangen würden. Das führt einerseits dazu, dass die Flüchtlinge an den Grenzen zunehmend auf Misstrauen stossen. Andererseits wächst die Angst bei den Flüchtlingen, dass sich unter ihnen Attentäter:innen befinden.

Der 16-jährige Ahmad Fauad hat vor drei Dingen Angst. Zunächst einmal vor den Taliban, die seinen Vater und seinen Bruder getötet haben. Seit den Anschlägen von Paris fürchtet er ausserdem, dass die vermeintlich sichere Zuflucht Europa sich nun abschottet. Was ihn und viele andere Flüchtlinge auf der Balkanroute aber geradezu in Panik versetzt, ist der Gedanke, dass auch mitten unter ihnen Terroristen sein könnten, die auf dem Weg zum nächsten Angriff sind. (48_Syrien_ta_21.11.2015_24.05, S. 1)

In den Berichterstattungen über die ukrainische Fluchtbewegung wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, dass es sich um eine der grössten Flüchtlingswelle in Europa handelt, jedoch konzentrieren sich die Berichterstattungen eher auf die neuen Lebenssituationen der Flüchtlinge. In der Schweiz geht es dabei vor allem um Sozialhilfe, Unterkünfte und Arbeitsplätze. Gerade wenn es um Geld geht, werden die Geflüchteten häufig als Opfer dargestellt. «Sie brauchen mehr Geld. Die minimalen Ansätze der Sozialhilfe sind zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben» (65_Ukraine_ta_15.04.2022_11.05, S. 2). Das Geld sei auch nötig, damit sich die Flüchtlinge gut integrieren können. Dieses Thema wirft auch die Frage nach Unterstützung für Flüchtlinge auf, die den Status S nicht haben. Dabei werden sowohl ukrainische Geflüchtete genannt, die sich noch in Abklärung befinden, als auch Personen mit dem Aufenthaltsausweis F. Ein grosser Unterschied besteht beispielsweise bei der finanziellen Unterstützung.

Probleme gibt es laut Rosenberger auch bei der finanziellen Hilfe für die Flüchtlinge selbst. Erst eine der von ihr aufgenommenen Personen habe den Schutzstatus S und damit finanzielle Unterstützung erhalten. Die anderen beiden müssten sich mit

Essens-Gutscheinen begnügen. Und: Ohne Schutzstatus S dürfen Flüchtlinge keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. (51_Ukraine_blick_21.04.2022_03.05, S. 1)

Flüchtlinge anderer Nationen fühlen sich durch die Rechte benachteiligt, die durch den Status S entstehen. Beispielsweise fragt sich eine afghanische Geflüchtete, weshalb sie im Gegensatz zu ukrainischen Flüchtlingen mindestens fünf Jahre warten müsse, bis sie reisen dürfe. Wegen der vorläufigen Aufnahme haben Personen mit dem Ausweis F auch Mühe, Arbeitsstellen zu finden (74_Ukraine_ta_23.05.2022_15.05). Es haben jedoch nicht nur Flüchtlinge mit Status F Probleme, eine Arbeit zu finden. Die ukrainischen Flüchtlinge leiden beispielsweise unter der Sprachbarriere, denn wer weder Deutsch noch Englisch spricht, wird in der Schweiz kaum angestellt (64_Ukraine_ta_25.06.2022_11.05). Obwohl es Flüchtlingen mit Status S erlaubt wäre, sofort Arbeit aufzunehmen, arbeiten sehr wenige. Dies liegt grösstenteils an den zögernden Unternehmen, da häufig eine umfangreiche Einarbeitung nötig ist und die Unternehmen befürchten, dass die Flüchtlinge bald wieder in die Ukraine zurückkehren (75_Ukraine_blick_04.05.2022_15.05). Eine Arbeit wäre für viele Flüchtlinge ein Weg raus aus der Kollektivunterkunft. Denn sobald die Flüchtlinge nicht mehr von der Sozialhilfe abhängig sind, könnten sie eigene Wohnungen suchen. Viele Flüchtlinge leiden unter dem Zustand ihrer Unterkunft in der Schweiz. Vor allem die Kollektivunterkünfte seien schlecht organisiert, unhygienisch und bieten keine Privatsphäre.

Sie verlange keinen Luxus, sagt die Ukrainerin Valentyna Kleiner. Keine Villa, keine grosse Wohnung. Nur ein eigenes Zimmer, endlich wieder ein paar Quadratmeter Privatsphäre. «Logisch würde ich in eine Gastfamilie gehen, sofort», sagt sie. Badezimmer und Küche teilen wäre kein Problem. Fast alles sei besser als das jetzt. (64_Ukraine_ta_25.06.2022_11.05, S. 1)

In diesem Zusammenhang erzählen die Flüchtlinge von stark traumatisierten Personen, die über drei Monate in Kollektivunterkünften wohnen müssen, ohne dass sie die erforderliche Betreuung erhalten würden (64_Ukraine_ta_25.06.2022_11.05).

Diejenigen Personen, die nicht flüchten oder sogar an einer Flucht gehindert werden, erleben genauso Schreckliches. In den Berichterstattungen zur syrischen Flüchtlingswelle wurde kaum etwas zu den Opfern in Syrien selbst geschrieben, ausser dass sie den Schrecken des Krieges erleben mussten, dass viele in Not sind und wie brutal die russischen Truppen gegen die Zivilgesellschaft vorgegangen sind (2_Sy-

rien_blick_18.01.2016_03.05; 31_Syrien_blick_16.11.2015_24.05). In den Berichterstattungen über die Ukraine wird vermehrt über das Leiden der ukrainischen Bevölkerung berichtet. Sowohl Frauen als «auch Männer und Kinder werden vergewaltigt. Eine Mutter musste, an einen Stuhl gefesselt, mitansehen, wie ihr elfjähriger Bub zehn Stunden lang missbraucht wurde» (96_Ukraine_blick_04.05.2022_26.05, S. 1). Auch über die Zustände in Filtrationscamps und die anschliessende Deportation wird geschrieben.

Marias Vater berichtet ihr von haarsträubenden Zuständen: «Viele schlafen auf dem nackten Boden, wer mehr Glück hat in einem Stuhl oder auf einer Matratze im Gym», erzählt sie. Medikamente gebe es keine, zum Essen werde wässrige Suppe und anderes «gefängnisähnliches» Essen ausgegeben. (86_Ukraine_20m_23.05.2022_26.05, S. 2)

In den Camps werden den Ukrainer:innen Fragen gestellt, unter anderem was sie von der «russischen Mission» in der Ukraine halten. Wenn die Antwort den russischen Vertretenden nicht passt, bringen sie die Ukrainer:innen in weit abgelegene russische Regionen. Kinder, die während des Krieges geboren wurden, werden keine Dokumente haben. Für diese wird es kaum möglich sein, beweisen zu können, woher sie ursprünglich stammen, damit sie in ihre Heimat zurückzukehren können (96_Ukraine_blick_04.05.2022_26.05).

Eine weitere grosse Gruppe an Opfern, die bei beiden Flüchtlingswellen genannt wird, ist die europäische Bevölkerung. Gerade in den Berichterstattungen über die syrische Fluchtbewegung werden immer wieder Ausschreitungen genannt. Ein Beispiel ist die Silvesternacht in Köln. «Frauen in Köln, die unbeschwert den Jahreswechsel feiern wollten, haben Schreckliches erlebt, einen Spiessrutenlauf durch eine Menge von 1000 alkoholisierten und sonstwie enthemmten jungen Männern ‘nordafrikanischen oder arabischen Aussehens’» (1_Syrien_srf_26.01.2016_03.05, S. 1). Auch wenn hier nicht ganz klar ist, ob es sich bei den Männern um Flüchtlinge handelte, wurden viele europäische Frauen eingeschüchtert. Dies zeigt sich auch in einem anderen Beispiel, als es um die Einquartierung von Flüchtlingen geht. «Eine Einheimische zeigte sich verängstigt ob der ‘Bedürfnisse der vielen Männer, die hier reinkommen.’ Eine andere erkundigte sich, wie schnell die Polizei reagieren könne, um notfalls die ‘Ruhe’ im Dorf wiederherzustellen» (13_Syrien_srf_10.12.2015_11.05, S. 1). Die Angst im Zusammenhang mit den Flüchtlingen kann aber auch eine andere Dimension haben. Gerade

auf den Flüchtlingsrouten hat man Respekt davor, dass die lokale Bevölkerung neidisch wird, weil sie selber weniger Zuwendung erhält als die Flüchtlinge, gerade wenn es um Hilfsprojekte geht (40_Syrien_ta_08.11.2015_24.05). Aber auch in der Schweiz zeigen sich die Bürger:innen besorgt. Gemäss einer Umfrage des Instituts Gfs Bern befürchtet rund die Hälfte der Befragten negative Folgen der Flüchtlingsströme für sich selbst. «Das meistgenannte Thema war dabei Arbeitsplatzverlust und Lohndruck – noch vor Befürchtungen bezüglich Überfremdung und Kriminalität» (47_Syrien_ta_13.11.2015_24.05, S. 1). In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird das Thema Geld ebenfalls diskutiert. Bei einigen Schweizer Bürger:innen kommt das Gefühl auf, dass sie weniger Sozialhilfe bekommen als die ukrainischen Flüchtlinge – gemäss den kantonalen Sozialhilfegesetzen ist dies jedoch nicht der Fall (98_Ukraine_blick_11.04.2022_26.05). Das meisterwähnte Thema in diesem Rahmen ist jedoch, wie sich die Bevölkerung von den Behörden in Stich gelassen fühlt. Viele Schweizer:innen mit freistehenden Zimmern oder Wohnungen haben sich bereit-erklärt, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Damit wollten sie etwas Gutes tun und den ukrainischen Flüchtlingen helfen. Jedoch leiden die Gastfamilien stark darunter, da diese selbst für alles verantwortlich sind.

Schweizer Gastfamilien kommen an ihre Grenzen. Sie fühlen sich von den Behörden im Stich gelassen. Dazu gehört auch die Churer Lehrerin Nadja Rosenberger, die vor vier Wochen drei Personen aus der Ukraine aufgenommen hat, wie das «SRF» berichtet. Sie ging davon aus, dass sie zumindest für die Behördengänge Unterstützung bekommen würde – Fehlanzeige. Bei der Stadt habe man ihr gesagt, dass es dafür schlichtweg keine Ressourcen gebe. Rosenberger ist enttäuscht – und wie. «Heute würde ich es nicht mehr machen». (51_Ukraine_blick_21.04.2022_03.05, S. 1)

7.2.3 *Held:in*

Auffällig ist, dass in den Medienberichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge mehr als doppelt so viele Held:innen erwähnt werden als in denjenigen über die syrischen Flüchtlinge. Wie bereits erwähnt, machen die Held:innen insgesamt den kleinsten Teil der Figuren aus. Bei beiden Flüchtlingsbewegungen spielt die Bevölkerung eine wichtige Rolle. In den Medienberichterstattungen über die syrische Fluchtbewegung geht es häufig um Soforthilfe vor Ort. Viele freiwillige Helfer:innen aus Europa befinden sich auf der Balkanroute und leisten einen Grossteil der humanitären Hilfe.

Sie verteilen Essen, Trinken und Decken und versuchen, die Menschen zu beruhigen (40_Syrien_ta_08.11.2015_24.05). Es wird aber auch über Menschen berichtet, welche die Aufmerksamkeit auf die Flüchtlingskrise lenken möchten. Dazu gehört beispielsweise ein Künstler, welcher auf Lesbos ein Monument für die Flüchtlinge geplant hat. Auch einige Hilfswerke möchten auf die Situation vor Ort aufmerksam machen, indem sie ein Mahnmal aus Rettungswesten erstellen. «Etwa 100 Freiwillige hatten die orangefarbenen Rettungswesten zusammengelegt - darunter sind auch Westen von Flüchtlingen, die die gefährliche Überfahrt von der Türkei über die Ägäis nicht überlebten» (38_Syrien_ta_02.01.2016_24.05, S. 1). Es werden aber auch Privatpersonen erwähnt, die sich in europäischen Ländern für die Flüchtlinge einsetzen, wie beispielsweise freiwillige Deutschlehrpersonen. In den Berichterstattungen über die ukrainische Fluchtbewegung geht es vor allem um Held:innen, welche die Flüchtlinge in der Schweiz unterstützen. Dazu gehören viele Gastfamilien, welche die Flüchtlinge bei sich aufnehmen und ihnen mit Alltagsaufgaben helfen. «Das Engagement für die Frauen und Kinder, die vor dem Krieg in der Ukraine in die Schweiz geflohen sind, ist riesig. Vor allem die Hilfe, die Privatpersonen den Geflohenen zukommen lassen, beeindruckt» (79_Ukraine_blick_12.04.2022_26.05, S. 1).

Auch Vereine und Organisationen werden oft als Held:innen dargestellt. In den Artikeln über die syrische Fluchtbewegung wird vor allem über die Soforthilfe etablierter Hilfsorganisationen berichtet. Beispielsweise starteten Ärzte ohne Grenzen und Greenpeace einen gemeinsamen Rettungsdienst auf dem Meer und versorgen die Flüchtlinge in den Warteschlangen der Registrierzentren medizinisch (7_Syrien_nzz_08.12.2015_08.05; 42_Syrien_20m_06.11.2015_24.05). In den Berichterstattungen über die ukrainische Fluchtbewegung wird vereinzelt ebenfalls über die Hilfe vor Ort berichtet. Vor allem in Nachbarländern der Ukraine wie beispielsweise Moldau wurden Hilfsorganisationen aktiv. Es werden Flüchtlinge mit Bussen des Uno-Flüchtlingshilfswerks zu den Registrierzentren transportiert, andere Organisationen verteilen Kinderkleidung (56_Ukraine_nzz_13.04.2022_08.05). Vermehrt wird aber über lokale Organisationen in der Schweiz und deren Leistungen berichtet.

Die kleine linke Kampagnenorganisation [Campax] wurde zu Beginn des Kriegs als grosse Hoffnung für die Unterbringung der Flüchtlinge gefeiert. In Windeseile hat die bislang kaum bekannte Institution eine Datenbank für Gastgeber aus dem Boden gestampft. Schweizerinnen und Schweizer, die Ukrainer bei sich aufnehmen

möchten, können sich dort registrieren lassen. So kam es dann zur Zusammenarbeit mit der Flüchtlingshilfe: Campax übernahm die Registrierung der Gastgeber, die Flüchtlingshilfe die Platzierung der Flüchtlinge. (59_Ukraine_ta_04.06.2022_11.05, S. 2)

Die Organisationen unterscheiden sich in ihren Tätigkeiten. Ihr Ziel ist es aber, die Flüchtlinge so gut wie möglich integrieren zu können. Die Guido Fluri Stiftung hilft den Flüchtlingen beispielsweise bei der Wohnungssuche, begleitet die Familien und meldet die Kinder in der Schule der zuständigen Gemeinde an (62_Ukraine_srf_24.05.2022_11.05). «Good Friends for Ukraine» hat ein Jobmarkt organisiert, um den «Geflüchteten einen Job zu vermitteln und sie über die Besonderheiten des Schweizer Arbeitsmarkts aufzuklären» (87_Ukraine_ta_27.06.2022_26.05, S. 1). Aber auch Kirchen verschiedener Glaubensrichtungen und ihre Sozialdienste unterstützen Glaubensgenoss:innen, in dem sie Wohnungen vermitteln, Spenden sammeln, Kosten für Ernährung und Kleider übernehmen und als Übersetzer:innen fungieren (57_Ukraine_srf_29.05.2022_08.05;81_Ukraine_nzz_16.04.2022_26.05).

Wie bereits erwähnt, spielen sich die Narrative über die syrischen Flüchtlinge eher im internationalen Rahmen ab und diejenigen über die ukrainischen Flüchtlinge in der Schweiz. Aus diesem Grund werden schweizerische Akteur:innen wie Bund, Kantone und Gemeinden hauptsächlich im Zusammenhang mit den ukrainischen Geflüchteten genannt. In diesen Erzählungen werden sie oft als Held:innen dargestellt, da sie die Flüchtlinge in verschiedenster Weise unterstützen. Beispielsweise hat es der Kanton Basel-Stadt fertiggebracht, «dass keine einzige Person mit Status S in einer Kollektivunterkunft leben muss. Basel setzt nicht nur stark auf die Vermittlung von Gastfamilien und Mietwohnungen. Der Stadtkanton hat selber viele Flüchtlingswohnungen angemietet und kann deshalb ganz auf Kollektivunterkünfte verzichten» (64_Ukraine_ta_25.06.2022_11.05, S. 2). Auch die finanzielle Unterstützung ist ein häufig diskutiertes Thema. In diesem Zusammenhang wurde bereits erwähnt, dass einige Kantone sehr knausrig sind. Es gibt aber auch Kantone, die für ihren Mehraufwand gelobt werden. Dazu gehört beispielsweise der Kanton Zürich, welcher die Kosten für Deutschkurse übernimmt, damit die Flüchtlinge im Arbeitsleben besser Fuss fassen können (58_Ukraine_ta_27.06.2022_11.05). Auch der Einsatz der Gemeinden wird häufig gelobt, beispielsweise wenn es um die Einschulung der Flüchtlingskinder geht.

So wie Saanen BE geht es derzeit vielen Gemeinden. Nicht weniger als 57 Schulkinder kamen hier kürzlich aus der Ukraine an. Unter Hochdruck machte sich die Gemeinde daran, Lehrpersonal zu suchen: auf kantonalen Stellenportalen, mit Inseraten in der Lokalpresse und breit gestreuten Mails. Mit Erfolg. Ab morgen Montag werden die ukrainischen Flüchtlingskinder in drei Willkommensklassen unterrichtet. (90_Ukraine_ta_14.05.2022_26.05, S. 1)

7.3 Moral der Geschichte

In den Berichterstattungen über die syrische Flüchtlingsbewegung werden deutlich mehr Policy-Lösungen genannt als in denjenigen über die ukrainische. Dabei geht es vor allem um eine bessere Zusammenarbeit zwischen Europa und der Türkei. Um das Problem der illegalen Einwanderung und den Schutz der Flüchtlinge anzugehen, sprechen sich verschiedene Parteien für bessere Grenzkontrollen aus.

Die Grenzagentur Frontex muss (...) rasch zu einer echten europäischen Grenzbehörde ausgebaut werden, die diesen Namen verdient. Auch die Staaten im Inneren der Schengen-Zone wie Deutschland oder die Schweiz müssen endlich Verantwortung für die gemeinsamen Aussengrenzen übernehmen. Ihre Sicherheit wird dort geschützt. (50_Syrien_ta_15.11.2015_24.05, S. 2)

In diesem Zusammenhang hat die Türkei eine Schlüsselrolle. Denn die meisten Flüchtlinge, die nach Europa reisen, kommen über die Türkei. Auch diese soll sich einsetzen, um die Grenzen nach Europa besser zu schützen. «Im Aktionsplan, den Ankara und Brüssel im November beschlossen haben, verpflichtet sich die Türkei, Flüchtlinge nicht länger unkontrolliert nach Europa ziehen zu lassen und besser zu versorgen» (23_Syrien_srf_22.01.2016_15.05, S. 1). Die Türkei stellt daraufhin Arbeitsvisa für syrische Flüchtlinge aus und es wird eine Visumspflicht für Syrer:innen aus Drittstaaten eingeführt. Zusätzlich wird die Visumsfreiheit für jene syrischen Staatsbürger:innen abgeschafft, die nicht direkt aus Syrien türkisches Gebiet erreichen (15_Syrien_nzz_22.01.2016_11.05). Der griechische Regierungschef Alexis Tsipras schlägt «die Bildung von Registrierzentren in der Türkei vor. Von dort könnten dann die Menschen in Europa umverteilt werden, ohne die gefährliche Reise über die Ägäis unternehmen zu müssen» (3_Syrien_ta_04.11.2015_03.05, S. 1). Auch die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen spricht sich für die Registrierzentren aus.

Wir verlangen, dass an den EU-Aussengrenzen schleunigst Möglichkeiten geschaffen werden, um Asyl anzusuchen; insbesondere auch an der Grenze zwischen der

Türkei und Griechenland. Dies, um den Menschen auf der Flucht die sehr gefährliche Reise in den ganz kleinen Booten über das Mittelmeer zu ersparen. (8_Syrien_srf_19.01.2016_11.05, S. 1)

Weiter fordern sie, dass es für die Flüchtlinge legale Möglichkeiten gibt, sich innerhalb Europas zu bewegen. Dies soll verhindern, dass sie in die Hände von Menschen-smuggler:innen gedrängt werden. Um das Problem von schmuggelnden Personen anzugehen, sagt die Türkei im November 2015 «der Europäischen Union zu, gegen Schmuggler-Netzwerke vorzugehen, die Boote für die gefährliche Überfahrt organisieren. Die EU hat als Gegenleistung drei Milliarden Euro versprochen, mit denen die Lage der Flüchtlinge in der Türkei verbessert werden soll» (28_Syrien_ta_30.01.2016_24.05, S. 1). Geld allein reicht jedoch nicht aus und die türkische Regierung weist darauf hin, dass es die gemeinsame Verantwortung der europäischen Staaten sei, «das Drama der Flüchtlinge in der Ägäis zu beenden» (3_Syrien_ta_04.11.2015_03.05, S. 1). Auch Deutschland sieht die einzige Lösung darin, das Flüchtlingsproblem als europäisches Problem zu behandeln (35_Syrien_nzz_18.01.2016_24.05). In diesem Zusammenhang wird auch die Problematik der gefälschten Pässe diskutiert. Denn für Flüchtlinge sei es relativ einfach, an solche Pässe zu kommen, und sobald ein Land des Schengen-Abkommens erreicht ist, gilt die Reisefreiheit. «Diese Freiheit und die Offenheit der Räume macht Europa verletzlich, wie der jüngste Terroranschlag in Paris in Erinnerung ruft» (50_Syrien_ta_15.11.2015_24.05, S. 1). Aufgrund des Terroranschlags machen immer mehr Staaten von einer Notfallklausel Gebrauch und führen befristet Grenzkontrollen ein. In Schweden sollen beispielsweise sämtliche Asylsuchende kontrolliert werden, die einreisen wollen. «Ebenso werden medizinische Alterskontrollen für junge Flüchtlinge eingeführt, wenn sie über keine zuverlässigen Identitätspapiere verfügen» (19_Syrien_srf_24.11.2015_15.05, S. 1). Diese Kontrollen werden auch von Flüchtlingen unterstützt, welche sich bereits in den jeweiligen europäischen Ländern befinden, da die Angst vor Terrorist:innen gross ist (10_Syrien_nzz_29.11.2015_11.05). Was ebenfalls von verschiedenen Staaten diskutiert wird, sind Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen.

Merkel will, (...) dass die derzeit stattfindende unkontrollierte und illegale Einwanderung durch legale Einwanderungskontingente für die EU abgelöst wird. Diese Kontingente sollen dann auf die 28 Staaten runtergebrochen werden. Deutschland

bekäme so faktisch eine Obergrenze. Das funktioniert freilich nur, wenn nicht zusätzlich unkontrolliert Flüchtlinge ankommen – weshalb Merkel will, dass die jetzt noch durchlässigen EU-Aussengrenzen engmaschig und zuverlässig kontrolliert werden. (30_Syrien_ta_16.11.2015_24.05, S. 1)

Bereits im September 2015 beschlossen einige EU-Länder ein Umsiedlungsprogramm. Dieses «sieht die Umverteilung von knapp 160'000 Schutzsuchenden aus Italien und Griechenland nach Nord- und Westeuropa vor» (3_Syrien_ta_04.11.2015_03.05, S. 1). Nach drei Monaten fanden jedoch erst 232 Menschen einen neuen Wohnsitz, weshalb die EU-Kommission einen permanenten Verteilschlüssel plant, an dem sich auch die Schweiz als Dublin-Staat obligatorisch beteiligen muss (29_Syrien_20m_30.12.2015_24.05).

In den Berichterstattungen über die ukrainische Flüchtlingsbewegung beziehen sich die Problemlösungen grösstenteils auf eine vereinfachte Integration der Flüchtlinge in der Schweiz. Die Politik sollte auf die langfristige Integration der Flüchtlinge fokussiert sein. Wie vergangene Konflikte zeigten, bleiben Flüchtlinge meist länger als erwartet in den jeweiligen Aufnahmeländern. «Die Flüchtlinge aus der Ukraine könnten mit dem Schutzstatus S vorerst ein Jahr lang bleiben. Falls dann immer noch Krieg herrsche, könne der Bundesrat den Status um ein Jahr verlängern, bis maximal fünf Jahre» (82_Ukraine_blick_24.04.2022_26.05, S. 1). Aus diesem Grund sei es wichtig, frühzeitig Sprachkurse anzubieten und den Ukrainer:innen das Recht zu arbeiten zu gewähren. «Auch die Aufnahme der Kinder in die regulären Schulen ergibt Sinn» (92_Ukraine_nzz_14.04.2022_26.05, S. 3). Das wichtigste Ziel sei es, den vielen Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, ein Dach über dem Kopf gewähren zu können. Wie bereits erwähnt wurde, registrierten sich sehr viele Gastfamilien, um Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Trotzdem werden viele Flüchtlinge in Kollektivunterkünften untergebracht, da dies weniger administrativen Aufwand für die Behörden bedeutet. Die Kantone und Gemeinden sollen aber entlastet werden, in dem der Bund die Betten in den Bundesasylzentren aufstockt.

«Geflüchtete aus der Ukraine bleiben bis auf Weiteres sieben Tage länger als bisher in den Bundesasylzentren, wenn sie sich registrieren lassen», sagt Daniel Bach, der Leiter Information und Kommunikation des Staatssekretariats für Migration (SEM)

auf Anfrage. Das gelte für jene Menschen, die noch nicht über eine private Unterkunft verfügten. Bis anhin seien diese meist nur zwei bis drei Nächte im Bundesasylzentrum geblieben. (71_Ukraine_ta_01.06.2022_15.05, S. 2)

Ausserdem sollen die Geflüchteten gezielter auf die Kantone verteilt werden. «Jeder Kanton soll proportional zu seiner Bevölkerung einen Anteil an Personen mit S-Verfahren erhalten. Neuankömmlinge werden also prioritär jenen Kantonen zugewiesen, die ihre Quote noch nicht erfüllen. So können bestehende Ungleichgewichte schrittweise ausgeglichen werden» (54_Ukraine_blick_28.04.2022_08.05, S. 1). Diese Ungleichgewichte entstanden dadurch, dass es viele Flüchtlinge in die Städte gezogen hat. Dadurch wurden die Lasten ungleich auf die Kantone verteilt und auch die Plätze der Unterkünfte wurden knapper. Grundsätzlich haben viele Geflüchtete das Bedürfnis, bei einer Gastfamilie oder sogar in einer eigenen Wohnung zu wohnen. Die Vermittlung von Flüchtlingen an Gastfamilien gestaltet sich aber sehr zeitintensiv, da mit Gesprächen bis zu 90 Minuten sichergestellt wird, dass die Flüchtlinge in diejenigen Familien kommen, die für ihre Bedürfnisse am besten geeignet sind. Campax-CEO Andreas Freimüller schlägt vor, die Registrierungsprozesse und die Vermittlungsgespräche weitgehend zu virtualisieren. «Die Gespräche könnten etwa via Zoom geführt werden, statt wie bisher Face-to-Face in den Einrichtungen des Bundes» (78_Ukraine_blick_01.04.2022_26.05, S. 2). Auch für eigene Wohnungen gibt es Lösungsvorschläge. Monika Sommer, stellvertretende Direktorin des Hauseigentümerverbands, erklärt, dass Vermieter:innen beispielsweise ein «Ukraine-Rabatt» anbieten können. «Wir empfehlen, dass der Mietzins grundsätzlich beibehalten wird, aber dass die Vermieterschaft für diese besondere Situation einen Rabatt gewährt auf den Mietzins – und dies auch schriftlich im Mietvertrag so festhält» (63_Ukraine_srf_04.05.2022_11.05, S. 1). Dies soll gewährleisten, dass sich die Flüchtlinge einfacher eine eigene Unterkunft leisten können.

Die Sozialbeiträge, welche die Flüchtlinge erhalten, unterscheiden sich je nach Kanton und Gemeinde stark – grundsätzlich handelt es sich aber um einen knapp bemessenen Betrag (65_Ukraine_ta_15.04.2022_11.05). Es gibt bestimmte Massnahmen, welche den Flüchtlingen den Alltag vereinfachen sollen. Im Kanton Basel-Stadt beispielsweise dürfen ukrainische Flüchtlinge ihr Auto gratis in der blauen Zone parkieren. Im Kanton Glarus werden je nach Bedarf sogar die Kosten für die Spielgruppe übernommen S (79_Ukraine_blick_12.04.2022_26.05). Obwohl die meisten Flüchtlinge auf

eine rasche Heimkehr hoffen, suchen immer mehr einen Job, um für ihre Lebenskosten aufzukommen.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat laut einem Sprecher ein «grosses Interesse» daran, dass Geflüchtete aus der Ukraine am Arbeitsmarkt teilnehmen. «Jede Erwerbstätigkeit senkt die Abhängigkeit von der Sozialhilfe», so der Sprecher. Vor Stellenantritt brauche es beim Kanton des Arbeitsortes eine Arbeitsbewilligung. Dazu sei ein Arbeitsvertrag nötig. Die Kantone prüfen, ob die geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden. (100_Ukraine_20m_27.06.2022_26.05, S. 2)

Dazu gehört beispielsweise die Gleichbehandlung der ukrainischen Flüchtlinge mit Schweizer Arbeitnehmenden – das gilt auch für den Lohn. Im Kanton Zürich haben Arbeitgebende bereits früh grosses Interesse daran gezeigt, Flüchtlinge anzustellen. «Da Personen mit Schutzstatus S in jedem Fall eine Bewilligung benötigen und die Unternehmen das entsprechende Gesuch einreichen müssen, berät das Amt für Wirtschaft und Arbeit anfragende Firmen individuell und in speziellen Online-Informationsveranstaltungen» (91_Ukraine_ta_28.04.2022_26.05, S. 1). Der Kanton Zürich konnte daraufhin Arbeitsbewilligungen für Personen mit Schutzstatus S über alle Branchen hinweg erteilen (54_Ukraine_blick_28.04.2022_08.05).

7.4 Plot

Im Plot eines Policy-Narrativs werden das Setting, die Moral der Geschichte und die Figuren miteinander verbunden. In den analysierten Medienberichterstattungen kommen die Handlungsstränge der Story of decline, Story of stymied progress und Story of control vor. Die Zusammenfassung ist in Tabelle 4 ersichtlich.

Tabelle 4 - Übersicht Plots

	Story of decline	Story of stymied progress	Story of control	Total
Syrien	34	0	16	50
Ukraine	19	8	23	50
Total	53	8	39	100
Chi-Quadrat-Test	$\chi^2 (2) = 13.5, p < 0.05, \text{Cramer's } V = 0.37$			

Der Chi-Quadrat-Test ergibt, dass sich die Plots der beiden Flüchtlingsgruppe signifikant unterscheiden. Gemäss Cramer's V besteht ein moderater Zusammenhang zwischen der Flüchtlingsgruppe und dem verwendeten Plot. In den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge wird am häufigsten die Story of decline verwendet, also wie sich die Situation grundsätzlich immer mehr verschlechtert. In den Artikeln über die ukrainischen Flüchtlinge wird dagegen am häufigsten die Story of control verwendet, in der es um eine Verbesserung der Situation geht. Die Story of stymied progress, also wie eine Verbesserung stattfinden könnte, diese aber verhindert wird, wird ausschliesslich in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlingsbewegung genutzt. In welchem Rahmen diese verschiedenen Handlungsstränge genutzt werden, wird in den folgenden Kapiteln erläutert.

7.4.1 Story of decline

Die Story of decline wird oft im Rahmen der europäischen Flüchtlingsdebatte genutzt. Sowohl für die Flüchtlinge als auch für Europa verschlechtert sich die Situation zunehmend. Die Flüchtlinge flüchten vor dem Krieg, erleben häufig traumatisches auf ihrer Flucht und möchten Schutz in einem europäischen Land ersuchen. Die europäischen Länder versuchen die Flüchtlinge so gut wie möglich aufzunehmen, geraten selbst aber an die Grenzen ihrer Kapazitäten, was zu Grenzschiessungen führt. «Fast 100'000 Flüchtlinge sind alleine in den letzten zwei Monaten nach Schweden gelangt und haben damit den nordischen Wohlfahrtsstaat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gebracht» (19_Syrien_srf_24.11.2015_15.05, S. 1). Darunter leiden folglich auch die Flüchtlinge, da diese nicht mehr in jene Länder einreisen können. Nebst den Flüchtlingen sind aber auch die Nachbarstaaten betroffen, da die Flüchtlinge nicht mehr weiterreisen können.

Tatsächlich hat Schweden in der jüngsten Vergangenheit pro Kopf der Bevölkerung mehr Asylsuchende aufgenommen als jedes andere Land in Europa. (...) Das Land [will nun] mit einer auf drei Jahr befristeten Sondergesetzgebung seine Grenzen für Flüchtende praktisch dicht machen. Das dürfte Konsequenzen namentlich für Schwedens nordische Nachbarländer haben, wo bislang verhältnismässig wenige Menschen ein Asylgesuch gestellt haben. (19_Syrien_srf_24.11.2015_15.05, S. 1)

Dieser Problematik ist sich auch Angela Merkel bewusst, welche sich klar für eine europäische Lösung ausspricht.

Ihr eigener Ansatz ist nicht national ausgerichtet, sondern europäisch. Auf dem Papier sieht er durchdacht und einleuchtend aus: besserer Schutz der EU-Aussengrenzen, Hotspots in den Anrainerstaaten, Kooperation mit der Türkei, Verteilmechanismus in Europa, Befriedung des Syrienkriegs. Sein Problem ist einzig: Er funktioniert nicht. Jedenfalls noch nicht. Oder nicht schnell genug. Warum also die Dickköpfigkeit? Warum macht Deutschland es nicht wie Schweden, das schon Ende November eingestand, trotz besten Willens überfordert zu sein und deswegen jetzt die Grenze zu schliessen, wenigstens so gut, wie es halt geht? (5_Syrien_ta_15.01.2016_05.03, S. 1)

Gemäss einer Umfrage von 20 Minuten haben viele Schweizer:innen das Bedürfnis, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Dies zeigte auch ein SVP-Vorstoss, der die Einführung von systematischen Grenzkontrollen verlangte. Dieser wurde jedoch abgelehnt. In diesem Zusammenhang sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga, «es sei gar nicht möglich, die 750'000 Personen und 350'000 Fahrzeuge systematisch zu kontrollieren, die täglich die Schweizer Grenze passieren. Schon vor der Einführung des Schengen-Systems seien nur rund drei Prozent aller Einreisen kontrolliert worden» (29_Syrien_20m_30.12.2015_24.05, S. 1).

Auch die Grenzkontrollen an den Schengen Aussengrenzen führen zu Diskussionen. Die EU-Staaten haben die Verantwortung der Kontrolle an Griechenland delegiert, ohne dass Griechenland die nötigen Kapazitäten hat, diese Grenzkontrollen in dem Ausmass durchzuführen, die sich die EU-Länder vorstellen.

Dabei geht es darum, Kontrolle darüber zurückzugewinnen, wer ins Land einreist. Eigentlich müsste dies an der Aussengrenze geschehen. So ist es zumindest im Schengener Abkommen vereinbart. Aber insbesondere Griechenland schafft das schon länger nicht mehr. Und schnelle Besserung ist nicht in Sicht. Staaten wie Deutschland haben die Kontrolle an Länder mit Aussengrenzen delegiert. Auch die Schweiz ist hier Teil eines typisch europäischen Konstrukts: Es gibt gemeinsame Regeln, aber die Staaten mit Aussengrenzen kontrollieren diese allein. (50_Syrien_ta_15.11.2015_24.05, S. 1)

Nebst dem, dass Griechenland für bessere Kontrollen sorgen soll, wird das Land praktisch von Flüchtlingen überrennt, die nach Europa gelangen möchten. Dabei spielt die Seeroute durch die Ägäis eine wichtige Rolle, für welche kein Lösungsansatz erwähnt wird, sondern nur, dass jedes Jahr viele Menschen auf diesem Weg sterben. «Heute

sind gleich drei Flüchtlingsboote in der Ägäis gesunken. Die Küstenwache konnte über 100 Menschen retten. Für 44 Flüchtlinge kam aber jede Hilfe zu spät» (46_Syrien_blick_22.01.2016_24.05, S. 1). Hier spielt auch das Problem der Grenzschliessungen europäischer Staaten wieder eine Rolle.

Am Ende müssten die Flüchtlinge nach Griechenland zurück, während gleichzeitig aus der nahen Türkei weiterhin Tausende neue Flüchtlinge auf griechischen Inseln einträfen, dort aber nicht mehr weiterkämen. Griechenland, das heute schon als Staat teilweise versagt, würde im Nu zu einem «gescheiterten Staat» werden. Ein Konflikt mit der Türkei wäre absehbar und könnte nicht nur zu Gewalt auf See führen, sondern auch dazu, dass die Ägäis für Flüchtlinge zum Massengrab werden könnte. (5_Syrien_ta_15.01.2016_05.03, S. 2)

All diese Probleme müssten gelöst werden, jedoch hat niemand einen erfolgsversprechenden Ansatz. Auch an den Gipfeltreffen werden selten neue Entscheidungen getroffen, sondern es geht häufig darum, bereits beschlossene Massnahmen wie beispielsweise «die nur schleppend in Gang kommenden Umsiedlungen und die Errichtung von Hot-Spots zur Registrierung von Flüchtlingen voranzutreiben» (25_Syrien_nzz_17.12.2015_15.05, S. 1). Aber auch Abmachungen zwischen verschiedenen Staaten werden von beiden Seiten nur halbherzig umgesetzt. Beispielsweise hat die EU der Türkei drei Milliarden Euro versprochen, damit diese dafür sorgen kann, dass Flüchtlinge nicht länger unkontrolliert nach Europa reisen. «Dieses Geld ist jedoch noch nicht geflossen. EU-Vizekommissionschef Frans Timmermans monierte, die Türkei tue nicht genug, um die Flüchtlingszahlen zu verringern» (23_Syrien_srf_22.01.2016_15.05, S. 1).

In den Berichterstattungen über die ukrainische Flüchtlingsbewegung werden Stories of decline häufig in Bezug zu ungleicher Behandlung verwendet. Ein häufig diskutiertes Thema sind die Sozialhilfebeiträge, die sich je nach Kanton stark unterscheiden.

Fast 700 Franken erhält ein Kriegsflüchtling aus der Ukraine in Bern und Solothurn pro Monat. Pech hat, wer im Aargau den wertvollen Schutz erhält: Für ihn gibts nur 290 Franken monatlich. Die aus Kiew geflüchtete Frau kriegt somit in Baden AG nicht einmal die Hälfte ihrer ukrainischen Freundin, die in Olten SO Unterschlupf gefunden hat. (79_Ukraine_blick_12.04.2022_26.05, S. 1)

Auch die Entschädigungen der Privatpersonen, die Flüchtlinge aufgenommen haben, unterschieden sich je nach Kanton stark. «Während die Gastfamilien im einen Kanton

rein gar nichts bekommen, werden sie im anderen mit fast 300 Franken pro untergebrachte Person und Monat entschädigt» (79_Ukraine_blick_12.04.2022_26.05, S. 1). Die Unterschiede bestehen jedoch nicht nur auf kantonaler Ebene, sondern auch in den Gemeinden variieren die Beiträge. Die SP fordert Vorgaben des Kantons, da die Ungleichbehandlung stossend sei. Ausserdem darf die Unterstützung nicht zu tief angesetzt sein, da sich viele Betroffene integrieren wollen, aber am fehlenden Geld scheitern. «Auch etlichen Gemeinden ist nicht wohl mit der Ungleichbehandlung, vor allem jener zwischen Ukraine-Flüchtlingen und Menschen mit Status F. Denn Erstere profitieren von zahlreichen Gratis-Angeboten, von denen Letztere nur träumen können» (61_Ukraine_ta_01.06.2022_11.05, S. 2). Diese Ungleichbehandlung besteht jedoch nicht nur beim Thema Geld. Menschen mit Status S dürfen sofort arbeiten, müssen kein Asylverfahren durchlaufen und können Familienangehörige in die Schweiz holen (55_Ukraine_srf_20.04.2022_24.05). Verschiedene Organisationen, unter anderem die Schweizerische Flüchtlingshilfe, fordern Rechtsgleichheit für alle Flüchtlinge. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass die Politik diese Forderung erfüllen wird. «Der Status F sorgt seit der Einführung 1986 regelmässig für politischen Zündstoff. Erst im letzten Jahr verschärfte das Parlament die Reisebestimmungen für F-Flüchtlinge» (55_Ukraine_srf_20.04.2022_24.05, S. 2).

7.4.2 *Story of stymied progress*

Die Story of stymied progress wird in den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge nicht genutzt. Bei den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird sie häufig im Zusammenhang mit Privatunterkünften verwendet. Denn laut Campax gab es im Juni 2022 über 50'000 freie Betten in Privatunterkünften. Viele Gastfamilien hatten extra Zimmer hergerichtet und sich registriert, damit sie Flüchtlinge bei sich aufnehmen können. Jedoch wurden fast keine dieser Betten an Flüchtlinge zugewiesen. Eliane Engeler, Sprecherin der Flüchtlingshilfe erklärt dies folgendermassen: «'Es sind die Kantone, die über die Unterbringung entscheiden. Es ist bedauerlich, dass einige die Angebote der Bevölkerung nicht nutzen wollen.' Denn Geflüchtete 'ziehen Gastfamilien fast immer Kollektivunterkünften vor'» (59_Ukraine_ta_04.06.2022_11.05, S. 2). In diesem Zusammenhang ist auch die fehlende Unterstützung der Behörden ein Thema. Privatpersonen, die Flüchtlinge bei sich aufgenommen haben, haben damit gerechnet, dass sie unterstützt werden - sei es administ-

rativer oder finanzieller Art. Doch dafür haben die wenigsten Kantone genügend Ressourcen. Dies führte sogar dazu, dass sich die Gastfamilien wieder von den aufgenommenen Flüchtlingen trennen mussten (51_Ukraine_blick_21.04.2022_03.05). Sowohl Privatpersonen als auch Organisationen wie Campax setzen sich somit dafür ein, die Flüchtlinge privat unterzubringen. Obwohl dies auch den Wünschen der Flüchtlinge entsprechen würde, haben die Kantone das letzte Wort und für viele ist der administrative Aufwand zu gross. Vor allem, wenn die Flüchtlinge die privaten Unterkünfte wechseln müssten. «Einige Kantone sind sich nicht ganz sicher, wie beständig über Monate hinweg die Unterbringung bei Privaten ist» (59_Ukraine_ta_04.06.2022_11.05, S. 3).

Auch in anderen Bereichen der Integration gibt es Rahmenbedingungen, die einen schnellen Prozess verhindern. Viele Ukrainer:innen sind beispielsweise auf der Suche nach einer Anstellung. Es sind auch viele Unternehmen bereit, ukrainische Flüchtlinge einzustellen. Jedoch gelten Personen, die weder Deutsch noch Englisch sprechen, in einigen Kantonen wie beispielsweise Zürich als «nicht vermittlungsfähig» und können sich beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gar nicht erst anmelden (75_Ukraine_blick_04.05.2022_15.05).

7.4.3 *Story of control*

Die Story of control wird häufig in Berichterstattungen rund um die Integration der Flüchtlinge genutzt. In den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge wird zum Beispiel das Dorf Sumte genannt. Obwohl sich viele der Einwohner:innen vor den Flüchtlingen und deren Bedürfnissen fürchteten, nahm das Dorf 600 Flüchtlinge auf. Die Notunterkunft wurde in Rekordzeit aufgebaut. «In nur zwei Wochen war das Gebäude mit Feldbetten, Familienzimmern und einem Speisesaal ausgestattet worden. 'Da wurde teilweise wirklich Schwerstarbeit geleistet', so der zuständige Einrichtungsleiter» (44_Syrien_20m_03.11.2015_25.05, S. 1). Auch ein Deutschlehrer wurde sofort eingestellt, um die Flüchtlinge bei ihrem Lernprozess zu unterstützen. Es wurde sogar extra eine Bushaltestelle gebaut. «Die Bushaltestelle, [die] vor der Fabel steht, ist nicht echt: Sie wurde gebaut, weil sich auch junge Flüchtlinge, wie viele Junge auf dem Lande, gerne an Bushaltestellen treffen» (13_Syrien_srf_10.12.2015_11.05, S. 1). Andere Stories of control beziehen sich darauf, dass Abmachungen zwischen Aufnahmeländern getroffen beziehungsweise umgesetzt wurden, beispielsweise einigten

sie sich auf Aufnahmekontingente und setzten erste Umverteilungen um (3_Syrien_ta_04.11.2015_03.05; 49_Syrien_blick_17.11.2015_24.05)

In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge werden vergleichsweise viele Stories of control verarbeitet. Diese beziehen sich hauptsächlich auf Massnahmen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern und deren Integration zu fördern.

Der Unternehmer Guido Fluri organisierte einen Flug für rund 150 Mütter und Kinder aus dem Kriegsgebiet. Ein Grossteil fand im ehemaligen Kinderheim im Solothurner Jura eine erste Bleibe. Über dem Dorf Mümliswil-Ramiswil am Hang wurden sie in einem ehemaligen Kinderheim untergebracht. Das Heim ist eigentlich eine Gedenkstätte für Verdingkinder – dann wurde es mit Flüchtlingsfamilien gefüllt, nun steht es wieder leer. Das leere Kinderheim ist ein gutes Zeichen: Es war von Anfang an als Übergangslösung gedacht, bis alle Familien eine eigene Wohnung oder ein Haus gefunden hatten. Fast drei Monate später ist das geglückt. In der Region, aber auch ausserkantonale wurden Lösungen für die Flüchtlinge gefunden. (62_Ukraine_srf_24.05.2022_11.05, S. 1)

Auch weitere Berichterstattungen handeln von erfolgreich umgesetzten Kollektivunterkünften, in denen die Flüchtlinge untergebracht werden können (53_Ukraine_ta_23.05.2022_03.05; 71_Ukraine_ta_01.06.2022_15.05). Mit der Zeit wurde mit einem längeren Aufenthalt der Flüchtlinge gerechnet, weshalb einzelne Kantone beschlossen, mehr Geld in Deutschkurse zu investieren. Dies ermöglicht den Flüchtlingen zu arbeiten und sich folglich eine eigene Wohnung leisten zu können. Ein zusätzliches Ziel ist dabei, die Flüchtlinge besser am sozialen Leben teilnehmen zu lassen (77_Ukraine_blick_13.04.2022_26.05). Dazu gehören sowohl sportliche als auch kulturelle Aktivitäten. Shakila Ansari, die aus Afghanistan geflüchtet ist, engagiert sich beispielsweise in der Politik. Und obwohl sie in der SRF-Arena die Ungleichbehandlung von Flüchtlingen in der Schweiz angeprangert hat, da sie viele Unterschiede im Umgang von Flüchtlingen mit Status F und S sieht, ist sie sehr froh, überhaupt in der Politik mitreden zu können. «Ich schätze die direkte Demokratie in der Schweiz sehr. In meiner Heimat hätte ich nie mit Politikerinnen und Politikern diskutieren können» (74_Ukraine_ta_23.05.2022_15.05, S. 2).

8 Diskussion

In Kapitel 5 wurden vier Annahmen getroffen, die die Frage unterstützen, welche Narrative die Medienberichterstattungen über die beiden Flüchtlingsgruppen prägen und inwiefern sich diese unterscheiden. Diese Annahmen werden in diesem Kapitel hinsichtlich der eben präsentierten Ergebnisse diskutiert.

Die erste Annahme, nämlich dass Russland in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge als Bösewicht dominiert und es in den Artikeln über die syrischen Flüchtlinge kein direktes Äquivalent gibt, trifft zu. In den Berichterstattungen über die syrische Flüchtlingskrise wurden praktisch nie Akteur:innen genannt, welche für den Konflikt verantwortlich sind. Dafür dominierten die Terrorist:innen in der Rolle als Bösewicht. Diese wurden jedoch nicht nur in Bezug zu den syrischen Flüchtlingen als Bösewicht bezeichnet, sondern auch gegenüber der gesamten westlichen Welt. Im Gegensatz dazu dominierte in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge Russland als Bösewicht, welches aber ausschliesslich gegenüber der Ukraine als Bösewicht auftritt. In diesem Zusammenhang muss beachtet werden, dass sich die Situation der beiden Länder stark unterscheidet. Erstens findet der syrische Konflikt weiter entfernt statt. Dazu kommt, dass in Syrien extreme Armut herrscht und viele Kontaktmöglichkeiten vor Ort wie beispielsweise die Schweizer Botschaft geschlossen wurden, was sich darauf auswirken kann, dass nicht so viele Nachrichten in die «Ausenswelt» dringen. Ausserdem handelt es sich um einen Konflikt, der sich grundsätzlich im Land selbst abspielt. Im Gegensatz dazu versucht Wolodimir Selenski die Ukraine und ihr Schicksal auf die Agenda zu bringen. Er möchte die Öffentlichkeit darüber informieren, was in der Ukraine geschieht, so dass dem Land geholfen werden kann. Dies kann dazu führen, dass die europäische Bevölkerung sich den ukrainischen Flüchtlingen gegenüber öffnet. Es muss aber auch bedacht werden, dass die Welt sehr viel globaler geworden ist. Durch die Sozialen Medien werden beispielsweise vermehrt Informationen, Bilder und Videos aus den Konfliktzonen ausgetauscht. Dies lässt die Menschen mehr Teil haben und es werden grundsätzlich viel mehr Informationen verbreitet.

Die zweite Annahme, dass die syrischen Flüchtlinge mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht werden und deshalb gefährlicher als die ukrainischen Flüchtlinge dargestellt werden, trifft ebenfalls zu. Diese Assoziierung fällt vor allem im Bereich der Grenzkontrollen auf. Dies wurde dadurch verstärkt, dass einer der Attentäter:innen in

Paris einen syrischen Pass bei sich hatte und über eine Flüchtlingsroute nach Frankreich gelangt ist. Aus diesem Grund wurde in den Artikeln über die syrischen Flüchtlinge das Schengen-Abkommen hinterfragt. Denn die Reisefreiheit ermöglicht es Terrorist:innen, unkontrolliert in Europa herumzureisen. In diesem Zusammenhang werden häufig auch illegale Flüchtlinge erwähnt. Um dieses Problem anzugehen, werden verstärkte Grenzkontrollen vorgeschlagen. Bei der Registrierung der syrischen Flüchtlinge wird sowohl nach Reiseweg als auch nach Familienverhältnissen gefragt und es werden Fingerabdrücke abgenommen (Staatssekretariat für Migration SEM, o.D.f). In der Schweiz können anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge einen Reiseausweis beantragen, vorläufig Aufgenommene jedoch nicht. Mit dem Schutzstatus S hingegen sind die Flüchtlinge berechtigt, ohne zusätzliche Reisebewilligung ins Ausland und in die Schweiz zurückzureisen. Es wäre aber auch speziell, den ukrainischen Flüchtlingen dieses Recht zu nehmen, denn ukrainische Staatsbürger:innen dürfen seit 2017 visumsfrei in die EU reisen (Garcés Mascareñas, 2022). Was jedoch etwas suspekt erscheint, ist, dass gemäss dem Staatssekretariat für Migration SEM (o.D.j) keine Kontrolle darüber geführt wird, in welchen Ländern die ukrainischen Flüchtlinge einen Schutzstatus beantragt haben oder ob die Personen nach Erhalt des Schutzstatus in ein Land ausserhalb des Schengenraums weitergereist sind. Dies zeigt die Privilegierung der ukrainischen Flüchtlinge auf. Durch die Reisefreiheit in Europa konnten sie relativ einfach in verschiedenste Aufnahmeländer reisen und wurden dort ohne grosse Diskussion empfangen. Weiter wurden in der Schweiz verschiedenste Lösungsansätze dafür gesucht, dass so wenig ukrainische Flüchtlinge wie möglich in Kollektivunterkünften leben müssen, da sie dort keine Privatsphäre haben. Bei den syrischen Flüchtlingen hingegen war das selten ein Thema. Hier ging es vor allem um die Diskussion, wer für die Flüchtlinge verantwortlich ist und selten um konkrete Massnahmen an einem bestimmten Ort.

Die dritte Annahme, dass in den Artikeln genauer auf die Situation der ukrainischen Flüchtlinge eingegangen wird als auf diese der syrischen Flüchtlinge, stimmt ebenfalls. In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge werden häufig einzelne Personen genannt und über deren persönliche Erlebnisse berichtet. Dies zieht sich durch alle möglichen Settings hindurch, denn es werden beispielsweise auch Flüchtlinge in der Ukraine und in Moldau interviewt. Zusätzlich wurde in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge auch über Minderheiten berichtet, wie beispielsweise religiöse Gruppen oder ukrainische Flüchtlinge mit anderen Nationalitäten.

Dies führt dazu, dass die ukrainische Flüchtlingsgruppe nicht als Einheit wahrgenommen wird, sondern dass es unterschiedliche Persönlichkeiten gibt, die aber allesamt geflüchtet sind. Das Phänomen der Entmenschlichung gemäss Quinn (2016) ist vor allem bei den syrischen Flüchtlingen zu beobachten. In den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge wird häufig von einer grossen Menge an Flüchtlingen gesprochen, die nach Europa reisen wollen. Dabei wird zwar zwischen Gruppen unterschieden, wie beispielsweise Männer, Frauen oder Kinder, es wird aber selten auf einzelne Personen eingegangen.

Auch die vierte Annahme, nämlich dass die syrischen Flüchtlinge im Gegensatz zu den ukrainischen Flüchtlingen als grössere Last dargestellt werden, trifft zu. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass sich die Settings in den Berichterstattungen über die beiden Flüchtlingsbewegungen stark unterscheiden. Bei den syrischen Flüchtlingen geht es häufig darum, welche Länder verantwortlich sind und wie die Grenzen besser kontrolliert werden können. In diesem Zusammenhang diskutierten sehr viele verschiedene Parteien mit. Dabei ging es häufig um Umverteilungen und Obergrenzen. Es wirkt, als wollten sich die europäischen Länder die Flüchtlinge jeweils gegenseitig zuschieben, damit sie die Last der neuen Flüchtlinge nicht auf sich nehmen müssen. Im Gegensatz dazu wurden die ukrainischen Flüchtlinge mit offenen Armen von den europäischen Ländern empfangen, obwohl vieles noch nicht ausdiskutiert wurde. Beispielsweise wurde gemäss Staatssekretariat für Migration SEM (o.D.j) der Schutzstatus S aktiviert, weil die Asylsysteme überlastet waren. Und auch die Möglichkeit, sich als Gastfamilie zu registrieren, wurde erst mit dieser Krise gefördert. Abid et al. (2017) haben dargelegt, dass Konstruktionen von Flüchtlingen häufig in einer Weise vorgenommen werden, die ungünstige Rückschlüsse auf sie zulässt, wie beispielsweise, dass sie eine Belastung für die Wirtschaft oder sogar kriminell sind. Diese Konstruktionen werden fast nur im Zusammenhang mit den syrischen Flüchtlingen gemacht. Dies hängt jedoch stark mit den Anschlägen in Paris zusammen, da hier eine Verbindung mit illegalen syrischen Flüchtlingen gezogen wurde. Die negativen Konstruktionen der Flüchtlinge werden gemäss Gabriel und Harding (2016) durch Beschreibungen von «guten Flüchtlingen» verstärkt, die legitimerweise Zuflucht suchen, nach ihrer Ankunft einen wirtschaftlichen Beitrag zur Nation leisten und sich kulturell in das Ankunftsland integrieren. In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird deutlich mehr darüber gesprochen, wie die Geflüchteten integriert werden können. Hier könnte der Fakt, dass einige Ukrainer:innen in den vergangenen

Jahren bereits aufgrund der Wirtschaftslage in die EU migrierten, eine Rolle spielen (Garcés Mascareñas, 2022). Die Arbeitgebenden konnten bereits ukrainische Personen, ihre Werte und Normen kennenlernen, was dazu führen kann, dass sie den ukrainischen Flüchtlingen offener entgegentreten. Hier spielt auch die Ausbildung eine Rolle. Das Bildungsniveau der ukrainischen Flüchtlinge ist relativ hoch, weshalb diese auch in verschiedenen Stellen eingesetzt werden können. In Syrien dagegen ist es nicht selbstverständlich, dass die Menschen eine Ausbildung haben. Dies erklärt wiederum, weshalb syrische Flüchtlinge grössere Schwierigkeiten haben, eine Anstellung zu finden. Ein weiterer Indikator, der darauf hinweist, dass die Annahme zutrifft, ist die Story of control, welche in den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge deutlich mehr verwendet wurden. Dies bedeutet, dass grundsätzlich mehr Lösungsansätze gefunden wurden, welche auch funktionierten.

Das NPF erwies sich als geeignete Methode, um die Narrative rund um die Flüchtlingsbewegungen zu erfassen. Für die Analyse wurden die Grundelemente des NPFs verwendet, auch wenn diese in einigen Forschungsarbeiten bereits weiterentwickelt wurden. Das NPF hat geholfen, die komplexe Flüchtlingsthematik herunterzubrechen und die wichtigsten Akteur:innen zu identifizieren. Es ist sehr interessant zu sehen, dass so viele verschiedene Geschichten erzählt werden und trotzdem immer wieder dieselben Probleme sowie Problemlösungen aufgegriffen werden – auch wenn diese von unterschiedlichen Beteiligten genannt werden. Zudem betont das NPF die Rolle von Emotionen in Narrativen und wie sie das Verhalten von Individuen beeinflussen können. Vor allem über die ukrainischen Flüchtlinge wurde sehr emotional berichtet, höchstwahrscheinlich um bei den Leser:innen Mitleid zu erzeugen. Dies ermöglicht ein besseres Verständnis, weshalb bestimmte Geschichten eine stärkere Wirkung auf die Öffentlichkeit haben als andere.

Eine Gefahr des NPFs ist, dass es die Realität und politischen Probleme oft zu stark vereinfacht. Gerade bei Medienberichterstattungen kann es geschehen, dass wichtige Aspekte vernachlässigt werden, da die Geschichten grösstenteils für die Bevölkerung geschrieben werden und nicht direkt darauf abzielen, die Politik zu verändern. Weiter werden möglicherweise andere wichtige Faktoren vernachlässigt, die die Meinungsbildung und politische Entscheidungsfindung beeinflussen, wie etwa wirtschaftliche Be-

dingungen, soziale Strukturen oder individuelle Werte. Die in dieser Arbeit untersuchten Artikel sind nicht wissenschaftlich belegt, sondern werden von den Meinungen der Journalist:innen beeinflusst, welche die Berichterstattungen erfasst haben.

Das NPF ist theoretisch stark fundiert, die praktische Anwendung und Operationalisierung können jedoch komplex sein. Gerade bei der Analyse von Narrativen besteht die Gefahr, dass persönliche Wertungen oder Vorurteile in die Interpretation der Ergebnisse mit einfließen. Da es sich bei der Flüchtlingsthematik um ein sehr emotionales Thema handelt, war es manchmal etwas schwierig, die Figuren unvoreingenommen zu codieren. Beispielsweise besteht die Tendenz, die Flüchtlinge immer direkt als Opfer einzustufen, da diese vor einem Konflikt flüchten müssen. Hier wurde schlussendlich stark auf die Satzstrukturierung geachtet, beispielsweise wurden die Flüchtlinge als Opfer codiert, wenn sie «flüchten mussten» und nicht bereits, wenn sie «flüchteten». Auch bei den Rettungskräften wurde darauf geachtet, ob sie wirklich Menschen retteten oder nur noch Leichen bergen konnten. In diesen Geschichten wirken sie zwar wie Held:innen, kommen jedoch häufig zu spät, um eine tatsächliche Wirkung zu erzielen.

9 Fazit & Ausblick

Das *Setting* in den Berichterstattungen über die beiden Flüchtlingsgruppen unterscheidet sich stark. Die Narrative über die syrischen Flüchtlinge befassen sich grösstenteils mit dem Fluchtweg. Dabei werden einerseits die Zustände beschrieben, mit welchen die Flüchtlinge auf ihrem Weg konfrontiert sind. Andererseits werden die Zuständigkeiten und Verantwortungen der europäischen Staaten diskutiert. Im Gegensatz dazu finden die Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge häufig in der Schweiz statt. Die Flüchtlinge werden grundsätzlich mit offenen Armen aufgenommen und es wird nicht darüber diskutiert, ob andere Länder sich stärker an der Bewältigung der Flüchtlingswelle beteiligen sollten. Auch bei den *Figuren* zeigt sich ein Unterschied. Während bei der syrischen Flüchtlingskrise die Terrorist:innen als meist genannter Bösewicht vorkommen, ist es bei der ukrainischen Flüchtlingskrise Russland. Dabei muss bedacht werden, dass Russland in diesem Rahmen ausschliesslich die Ukraine bedroht, die Terrorist:innen jedoch die gesamte westliche Welt, nicht nur die syrischen Flüchtlinge. Bei beiden Bewegungen werden klar die Flüchtlinge am meisten als Opfer genannt, welche sich häufig in ähnlichen Situationen befinden. Auch wenn sich das Setting grösstenteils unterscheidet, kommen die Flüchtlinge in einem fremden Land

an, durchlaufen ein administratives Verfahren und werden mit der Realität konfrontiert, dass nicht alles nur gut ist. Denn häufig werden die Flüchtlinge mit Problemen bezüglich Sozialhilfe, Sprachkenntnissen und Arbeitsplätzen konfrontiert. Auch in der Heldenrolle dominiert bei beiden Bewegungen dieselbe Gruppe, nämlich die europäische Bevölkerung. Bei der syrischen Flüchtlingskrise wird verstärkt vor Ort geholfen, bei der ukrainischen Flüchtlingskrise in der Schweiz. In Bezug zu den syrischen Flüchtlingen werden viele *Policy-Lösungen* genannt. Dabei fokussieren die Lösungen auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen Europa und der Türkei sowie auf bessere Reiseeregungen und Grenzkontrollen. In den Artikeln über die ukrainischen Flüchtlinge beziehen sich die Problemlösungen vor allem auf Situationen in der Schweiz, wie beispielsweise eine vereinfachte Integration oder die Gleichbehandlung der Flüchtlinge. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass in den Berichterstattungen über die syrischen Flüchtlinge zwar mehr *Policy-Lösungen* genannt werden, diese aber nicht direkt umgesetzt werden, weshalb bei den *Plots* die *Story of decline* am häufigsten verwendet wird. In den Berichterstattungen über die ukrainischen Flüchtlinge wird hingegen die *Story of control* am häufigsten verwendet, da viele der getroffenen Entscheidungen auch umgesetzt werden und funktionieren.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass sich die Narrative rund um die beiden Flüchtlingskrisen deutlich unterscheiden. Obwohl alle Menschen aufgrund ähnlicher Situationen geflüchtet sind, wird zwischen den Herkunftsländern unterschieden. Die Analyse deckt eine gewisse Distanz zu den syrischen Flüchtlingen auf, sowohl durch die Settings als auch dadurch, dass selten über einzelne Personen berichtet wird. Im Gegensatz dazu werden eindrücklichere und menschenbezogene Narrative gewählt, um die ukrainischen Flüchtlinge darzustellen.

Trotz dieser umfangreichen Analyse können die Ergebnisse nicht verallgemeinert werden, da ausschliesslich Deutschschweizer Medien betrachtet wurden. Wie Studer et al. (2014) darlegten, ist die Schweiz durch vielfältige, kleinräumige und eigenständige Medienlandschaften geprägt, was bedeutet, dass sich die französischen und italienischen Sprachregionen in den Narrativen unterscheiden können. Weiter wurden ausschliesslich fünf Medien betrachtet, obwohl es in der Schweiz sehr viele differenzierte Zeitungen gibt, welche auch noch stärker polarisiertere Meinungen umfassen. Dennoch leistet diese Arbeit einen wichtigen Beitrag zur NPF-Forschung in der Schweizer Politik, in dem sie einen Grundstein für weitere Forschungen legt. Der asylpolitischen

Debatte wurde in westlichen Ländern bisher noch nicht viel Beachtung geschenkt (Sirriyeh, 2018). Da es sich bei den beiden untersuchten Flüchtlingsbewegungen um die zwei grössten des letzten Jahrzehnts handelt, ist es sehr wichtig zu verstehen, wie diese Flüchtlingsgruppen dargestellt werden und was das für politische Auswirkungen mit sich zieht. Wie Shanahan, Jones, Mcbeth, et al. (2018) veranschaulicht haben, wirken Policy-Narrative auf allen drei Analyseebenen. In dieser Arbeit wurde jedoch ausschliesslich die Mesoebene untersucht. Es wäre spannend, diese Forschung zu erweitern und zusätzlich die Mikroebene zu betrachten. Dabei könnte untersucht werden, ob die Narrative, die die Medien vermittelt haben, von den Bürger:innen aufgenommen wurden, beziehungsweise inwiefern die Narrative die Meinung der Bevölkerung hinsichtlich der beiden Flüchtlingsgruppen beeinflusst haben. Aber auch die Makroebene wäre im Rahmen dieses Forschungsthemas sehr spannend, da verschiedenste Länder, Kulturen und Institutionen involviert sind. In einem nächsten Schritt könnte auch untersucht werden, ob sich die Narrative hinsichtlich der beiden Flüchtlingsgruppen verändert haben. Denn auch heute sind beide Flüchtlingsgruppen immer noch sehr stark in der Schweiz vertreten. Gerade die Ungleichbehandlung der verschiedenen Schutzstatus könnten spannende Narrative ausgelöst haben, welche von dieser Arbeit nicht miteingeschlossen wurden.

Abschliessend kann gesagt werden, dass die Narrative rund um die beiden Flüchtlingsbewegungen mithilfe des NPFs heruntergebrochen und so besser verständlich gemacht werden konnten. Allerdings bringt das NPF auch die Gefahren mit sich, die Realität zu stark zu vereinfachen und wichtige Aspekte zu vernachlässigen. Dennoch stellt dieser Forschungsbereich ein wichtiges Thema dar, welches weiter erforscht werden sollte. Denn Flüchtlingskrisen können auch in Zukunft geschehen. Dabei sollte sich die Politik bewusst sein, inwiefern die Flüchtlingsgruppen in den jeweiligen Ländern unterschieden, dargestellt und wahrgenommen werden und was dies für Auswirkungen auf deren Behandlung hat.

Literaturverzeichnis

- Abell, P. (2004). Narrative Explanation: An Alternative to Variable Centered Explanation? *Annual Review of Sociology*, 30, 287–310. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.29.010202.100113>
- Abid, R. Z., Manan, S. A., & Rahman, Z. A. A. A. (2017). ‘A flood of Syrians has slowed to a trickle’: The use of metaphors in the representation of Syrian refugees in the online media news reports of host and non-host countries. *Discourse & Communication*, 11(2), 121–140. <https://doi.org/10.1177/1750481317691857>
- Bernhard, L. (2012). *Campaign Strategy in Direct Democracy*. Palgrave Macmillan.
- Boswell, C., Geddes, A., & Scholten, P. (2011). The Role of Narratives in Migration Policy-Making: A Research Framework. *British Journal of Politics and International Relations*, 13(1), 1–11.
- Breton, C., & Eady, G. (2022). Does International Terrorism Affect Public Attitudes toward Refugees? Evidence from a Large-Scale Natural Experiment. *The Journal of Politics*, 84(1), 554–559. <https://doi.org/10.1086/714781>
- Brouwer, E. (2002). Immigration, asylum, and terrorism: A changing dynamic. Legal and practical developments in the EU in response to the terrorist attacks of 11.09. *European Journal of Migration and Law*, 4(4), 399–424.
- Choi, S.-W., & Salehyan, I. (2013). No Good Deed Goes Unpunished: Refugees, Humanitarian Aid, and Terrorism. *Conflict Management and Peace Science*, 30(1), 53–75. <https://doi.org/10.1177/0738894212456951>
- Der Bundesrat. (2022). *Ukraine: Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine*. Abgerufen am 14. Februar 2023, von <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87556.html>
- Der Bundesrat. (2013, März 25). *Volksabstimmung vom 9. Juni 2013: Dringliche Änderungen des Asylgesetzes sind eine wichtige Etappe*. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-48263.html>
- Der Bundesrat. (2023, Februar 13). *Asylstatistik 2022*. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-93006.html>

- Dzihic, V., Günay, C., & Pisoiu, D. (2018). Migration managen?: Die Widersprüche der EU-Migrationspolitik und ihre Auswirkungen auf die europäische Nachbarschaft. *OIIP - Austrian Institute for International Affairs, Trendbericht*(2).
- eurotopics. (o.D.). *Medien*. <https://www.eurotopics.net/de/142186/medien?search=&country=146438&language=0&art=1&circulation=0&typ=1#results>
- Fischer, F., & Forester, J. (1993). *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Duke University Press.
- Freilich, J. D., Oposso, M. R., & Newman, G. R. (2006). Immigration, security, and civil liberties post 9/11: A comparison of American, Australian and Canadian legislative and policy changes. In J. D. Freilich & R. T. Guerette (Hrsg.), *Migration, Culture Conflict, Crime, and Terrorism* (S. 49–70). Ashgate.
- Gabriel, J., & Harding, J. (2016). On being a “good” refugee. In G. Bhattacharyya (Hrsg.), *Ethnicities and values in a changing world*. Routledge.
- Garcés Mascareñas, B. (2022). Why this refugee crisis is different. *CIDOB Opinion*, 708.
- Gray, G., & Jones, M. D. (2016). A qualitative narrative policy framework? *Examining the policy narratives of US campaign finance regulatory reform*. *Public Policy and Administration*, 31(3), 193–220. <https://doi.org/10.1177/0952076715623356>
- Guild, E. (2003). International terrorism and EU immigration, asylum and borders policy: The unexpected victims of 11 September 2001. *European Foreign Affairs Review*, 8(3), 331–417.
- Hatton, T. (2012). *Seeking Asylum: Trends and Policies in the OECD*. Centre for Economic Policy Research.
- Hildbrand, L., Stauffer, B., Sager, F., & Kuenzler, J. (2020). Erzählungen des Kindes- und Erwachsenenschutzes: Eine Anwendung und Erweiterung des Narrative Policy Frameworks. *Swiss Political Science Review*, 26(2), 181–205. <https://doi.org/10.1111/spsr.12401>
- Howard, T. O. (2010). *The Tragedy of Failure: Evaluating State Failure and Its Impact on the Spread of Refugees, Terrorism, and War*. Praeger.
- Jones, M. D., & McBeth, M. K. (2010). A Narrative Policy Framework: Clear Enough to Be Wrong? *Policy Studies Journal*, 38(2), 329–353.

- Karakir, I. A., & Karacasulu, N. (2016). The Dog that Didn't Bark? EU Crisis Management and the Syrian Crisis. *The Korean Journal of Defense Analysis*, 28(4), 525–544.
- Kuenzler, J. (2021). From Zero to Villain: Applying Narrative Analysis in Research on Organizational Reputation. *European Policy Analysis*, 7(S2), 405–424.
- Kuhlmann, J., & Blum, S. (2021). Narrative plots for regulatory, distributive, and redistributive policies. *European Policy Analysis*, 7(S2), 276–302. <https://doi.org/10.1002/epa2.1127>
- Lischer, S. (2005). *Dangerous Sanctuaries: Refugee Camps, Civil War, and the Dilemmas of Humanitarian Aid*. Cornell University Press.
- Malteser International. (o.D.a). *Krieg in der Ukraine: Unsere humanitäre Hilfe für die betroffenen Menschen*. Abgerufen am 20. März 2023, von <https://www.malteser-international.org/de/hilfe-weltweit/europa/ukraine.html>
- Malteser International. (o.D.b). *Von der Protestbewegung zum Krieg in Syrien – ein Überblick*. Abgerufen am 20. März 2023, von <https://www.malteser-international.org/de/hilfe-weltweit/naher-osten/syrien/der-buergerkrieg-in-syrien-ein-ueberblick.html>
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2019). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 633–648). Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_42
- Merry, M. K. (2022). Trump's tweets as policy narratives: Constructing the immigration issue via social media. *Politics & Policy*, 50(4), 752–772. <https://doi.org/10.1111/polp.12487>
- Miller, B., Camp Keith, L., & Holmes, J. S. (2014). *Immigration Judges and US. Asylum Policy*. University of Pennsylvania Press.
- Münch, S. (2018). EU Migration and Asylum Policies. In H. Heinelt & S. Münch (Hrsg.), *Handbook of European Policies* (S. 306–330). Edward Elgar Publishing.
- Nezer, M. (2006). The material support problem: Where U.S. anti-terrorism laws, refugee protection, and foreign policy collide. *Brown Journal of World Affairs*, 13(1), 177–190.

- Phillips, C. (2016). *The Battle for Syria: International Rivalry in the New Middle East*. Yale University Press.
- Pierce, J., Smith-Walter, A., & Petron, H. (2014). Research design and the narrative policy framework. In M. D. Jones, E. A. Shanahan, & M. K. McBeth (Hrsg.), *The Science of Stories: Applications of the Narrative Policy Framework in Public Policy Analysis* (S. 27–44). Palgrave Macmillan.
- Piguet, E. (2017). *L'immigration en Suisse: Soixante ans d'entrouverture*. EFPL Press.
- Podgórska, K., Jekaterynczuk, A., Yarosh, O., Kuzmuk, O., & Liubchuk, V. (2023). Support for Ukrainian refugees after Russia's invasion of Ukraine: Aid structure and resilience factors. Case studies of Lublin and Lutsk. *European Societies*, 1–25. <https://doi.org/10.1080/14616696.2023.2206892>
- Position Politique. (2021, April 25). *Politische Ausrichtung der Schweizer Medien*. Abgerufen am 24. Juli 2023, von <https://positionpolitique.ch/politische-ausrichtung-der-schweizer-medien/>
- Quinn, E. (2016). The Refugee and Migrant Crisis: Europe's Challenge. *Studies: An Irish Quarterly Review*, 105(419), 275–285.
- Salehyan, I. (2009). *Rebels Without Borders: Transnational Insurgencies in World Politics*. Cornell University Press.
- Sambaraju, R., & McVittie, C. (2017). The European Union and the refugee 'crisis': Inclusion, challenges, and responses. *Journal of Community and Applied Social Psychology*, 27(2), 99–104.
- Sambaraju, R., & Shrikant, N. (2023). 'All of a sudden for no reason they've been displaced': Constructing the 'contingent refugee' in early media reports on the Ukrainian refugees. *British Journal of Social Psychology*, bjso.12652. <https://doi.org/10.1111/bjso.12652>
- Schlauffer, C. (2018). The Narrative Uses of Evidence. *Policy Studies Journal*, 46(1), 90–118. <https://doi.org/10.1111/psj.12174>
- Schlauffer, C., Kuenzler, J., Jones, M. D., & Shanahan, E. A. (2022). The Narrative Policy Framework: A Traveler's Guide to Policy Stories. *Politische Vierteljahresschrift*, 63(2), 249–273. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00379-6>

- Schneider, P. (2016). Migranten und Flüchtlinge als Herausforderung für Deutschland und Europa. *Sicherheit & Frieden*, 34(1), 1–19. <https://doi.org/10.5771/0175-274X-2016-1-1>
- Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht. (o.D.). *Das Asylverfahren kurz erklärt*. Abgerufen am 01. Mai 2023, von <https://beobachtungsstelle.ch/de/seitenleiste/asylwesen/das-asylverfahren-kurz-erklart/>
- Schweizerische Flüchtlingshilfe. (o.D.). *Syrien*. Abgerufen am 24. Februar 2023, von <https://www.fluechtlingshilfe.ch/themen/laenderinformationen/herkunftslaender/syrien?mdrv=www.fluechtlingshilfe.ch&cHash=585e61fcaec97c1f40199f3b43d73ad1>
- Shanahan, E. A., Jones, M. D., & McBeth, M. K. (2018). How to conduct a Narrative Policy Framework study. *The Social Science Journal*, 55(3), 332–345. <https://doi.org/10.1016/j.soscij.2017.12.002>
- Shanahan, E. A., Jones, M. D., Mcbeth, M. K., & Radaelli, C. M. (2018). The Narrative Policy Framework. In C. M. Weible & P. A. Sabatier (Hrsg.), *Theories of the Policy Process* (4. Aufl., S. 173–213). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780429494284-6>
- Shanahan, E. A., Mcbeth, M. K., & Hathaway, P. L. (2011). Narrative Policy Framework: The Influence of Media Policy Narratives on Public Opinion: Shanahan et al. / THE INFLUENCE OF MEDIA POLICY NARRATIVES. *Politics & Policy*, 39(3), 373–400. <https://doi.org/10.1111/j.1747-1346.2011.00295.x>
- Shanahan, E. A., McBeth, M. K., Hathaway, P. L., & Arnell, R. J. (2008). Conduit or Contributor: The Role of Media in Policy Change Theory. *Policy Sciences*, 41(2), 115–138.
- Shanahan, E. A., Raile, E. D., French, K. A., & McEvoy, J. (2018). Bounded stories: How issue frames and narrative settings help to construct policy realities. *Policy Studies Journal*,. In Midwest Political Science Conference Chicago, Ill. *Policy Studies Journal*, 46(4), 922–948. <https://doi.org/10.1111/psj.12269>
- Sirriyeh, A. (2018). *The Politics of Compassion: Immigration and Asylum Policy*. Policy Press.

- Staatssekretariat für Migration SEM. (2016). *Migrationsbericht 2015*. Abgerufen am 13. März 2023, von <https://www.sem.admin.ch/dam/sem/de/data/publiservice/berichte/migration/migrationsbericht-2015-d.pdf.download.pdf/migrationsbericht-2015-d.pdf>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (2019). *Kurzinformationen*. Abgerufen am 03. Mai 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/publikationen.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.a). *Asylgesuche, erstinstanzliche Erledigungen und Asyl für Gruppen nach Kanton vom 1.11.2015 bis am 30.11.2015*. Abgerufen am 27. Februar 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/publiservice/statistik/asylstatistik/archiv/2015/11.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.b). *Ausweis F (Vorläufig aufgenommene Ausländer)*. Abgerufen am 03. Mai 2023, von https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/aufenthalt/nicht_eu_efta/ausweis_f__vorlaeufig.html
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.c). *Ausweis N (für Asylsuchende)*. Abgerufen am 03. Mai 2023, von https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/aufenthalt/nicht_eu_efta/ausweis_n__asylsuchende.html
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.d). *Auswertung der Gesuche um vorübergehenden Schutz und Schutzgewährungen*. Abgerufen am 27. Februar 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/ukraine/statistiken.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.e). *Das Asylverfahren*. Abgerufen am 01. Mai 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/asylverfahren.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.f). *Das Dublin-Verfahren*. Abgerufen am 27. März 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/asyl/asylverfahren/dublin-verfahren.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.g). *Dublin*. Abgerufen am 27. März 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/international-rueckkehr/kollab-eu-efta/dublin.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.h). *Faktenblatt «Schutzstatus S»*. Abgerufen am 16. Februar 2023, von <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-87556.html#links>

- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.i). *Fragen und Antworten zur Ukraine-Krise*. Abgerufen am 19. April 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/aktuell/ukraine-krieg.html>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.j). *Überfahrten auf der zentralen Route nehmen erneut deutlich zu*. Migrationsrouten 2022. Abgerufen am 01. Mai 2023, von <https://migration.swiss/migrationsbericht-2022/asyl-und-schutzstatus-s/migrationsrouten-2022>
- Staatssekretariat für Migration SEM. (o.D.k). *Umsetzung der Asylgesetzrevision (AsylG) – Beschleunigung der Asylverfahren*. Abgerufen am 25. Februar 2023, von <https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/sem/rechtsetzung/aend-asylg-neustruktur.html>
- Stauffer, B. (2022). What's the Grand Story? A Macro-Narrative Analytical Model and the Case of Swiss Child and Adult Protection Policy. *Policy Studies Journal*, 51(4), 33–52. <https://doi.org/10.1111/psj.12465>
- Šterbenc, P. (2018). How to understand the war in Syria. *Series Historia et Sociologia*, 28(1), 13–28.
- Stifterverein Medienqualität Schweiz. (2022). *Medienqualitätsrating 2022 – Kompendium*.
- Stone, D. (2012). *Policy Paradox: The Art of Political Decision Making*. Norton.
- Stucki, I. (2017). Arguing about Smoking Bans: The Role of Evidence in the Social Construction of Conflicting Policy Ideas. *Critical Policy Studies*, 11(4), 411–432. <https://doi.org/10.1080/19460171.2016.1208108>
- Studer, S., Schweizer, C., Puppis, M., & Künzler, M. (2014). *Darstellung der Schweizer Medienlandschaft. Bericht zuhanden des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM)*.
- Thommen, S., Eichenberger, R., Sasso, S., & Weber, L. (2022). *Medienmonitor Schweiz 2021*.
- UNHCR. (2022). *Mid-year trends*. Abgerufen am 25. Mai 2023, von <https://www.unhcr.org/statistics/unhcrstats/635a578f4/mid-year-trends-2022.html>
- UNHCR. (2023, Februar 23). *Ein Jahr nach der russischen Invasion sind ein Drittel der Ukrainer Flüchtlinge oder Binnenvertriebene*. Abgerufen am 01. Mai 2023, von

<https://www.unhcr.org/dach/de/88237-ein-jahr-nach-der-russischen-invasion-sind-ein-drittel-der-ukrainer-fluechtlinge-oder-binnenvertriebene.html>

UNHCR. (o.D.). *Ukraine Refugee Situation*. Operational Data Portal. Abgerufen am 14. Februar 2023, von <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>

UNO Flüchtlingshilfe. (o.D.). *Die Balkanroute*. Abgerufen am 20. März 2023, von <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluchtrouten/balkanroute>

Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche kenntlich gemacht. Mir ist bekannt, dass andernfalls der Senat gemäss dem Gesetz über die Universität zum Entzug des auf Grund dieser Arbeit verliehenen Titels berechtigt ist.



Bern, 7. August 2023

Ilona Sarah Hersperger

Einverständniserklärung zur Veröffentlichung der Masterarbeit

Ich erkläre hiermit, dass ich der Veröffentlichung der von mir verfassten Masterarbeit im Falle einer Benotung von 5.0 oder höher auf der Homepage des KPM zustimme. Die Arbeit ist öffentlich zugänglich.



Bern, 7. August 2023

Ilona Sarah Hersperger